Brakeler Schriftreihe · Heft Nr. 2 (Juni 1986)

Die Brakeler Erklärung vom 24. 10. 1934
– ein Dokument des Widerstandes

von Hans-Jürgen Borchert
Bernd Zymner

Die Brakeier Erklärung vom 24. 10. 1934
- ein Dokument des Widerstandes

Hans-Jürgen Borchert
Bernd Zymner

Impressum

Die Brakeier Schriftreihe erscheint einmal im Jahr.
Themen mit heimatlichem Bezug.

Herausgeber: Jürgen Werner Braun, Brake

Förderer: Firma FRANZ SCHNEIDER BRAKEL GmbH & Co.

Verteiler: Kulturring Brake e.V.

Gliederung

Vorwort	Seite 3
Repetitio 1933/1934/1935	Seite 4
Spiegelbild Heimatzeitung	Seite 6
Die Evangelische Kirche und das Dritte Reich	Seite 17
Schülerwettbewerb Barmen 1934 - 1984 mit dem Titel "Unsere Kirchengemeinde damals" eingereicht von Hans-Jürgen Borchert und Bernd Zymner	Seite 22
Faksimile der Brakeier Erklärung	Seite 43
Wortlaut der Tecklenburger (Auszug) und Barmer Erklärungen	Seite 46
Nachwort	Seite 50

Vorwort

Zur 50. Wiederkehr des Tages der theologischen Erklärung von Barmen schrieb die Evangelische Kirche des Rheinlandes im Jahre 1984 einen Schülerwettbewerb aus. An diesem Wettbewerb beteiligten sich vom Leistungskursus des Brakeier Petrus-Legge-Gymnasiums die Schüler Hans-Jürgen Borchert (Gymnasium Brede) und Bernd Zymner (Stadt. Petrus-Legge-Gymnasium). Von den drei zur Auswahl stehenden Themen - Auf der Suche nach einem Zeitzeugen / Unsere Kirchengemeinde damals / Einer Barmer These nachdenken - wählten die Brakeier Schüler die Beschreibung der Brakeier Kirchengemeinde. Hans-Jürgen Borchert und Bernd Zymner wurden bei ihrer Arbeit von Herrn Pastor Werner Neermann mit vielen Anregungen unterstützt. Ihm haben sie ihre Arbeit gewidmet. Um allen interessierten Lesern die Würdigung der Brakeier Momentaufnahme des Jahres 1934 zu erleichtern, wurde die Schülerarbeit eingebettet zwischen einem geschichtlichen Vorspann und einem dokumentarischen Anhang. In einem kurzen Nachwort hat der Herausgeber versucht, die Geschehnisse unabhängig von den Schlußfolgerungen der Schülerarbeit zu gewichten.

Brakel, im Juni 1986

Repetitio 1933 / 1934 / 1935

Repetitio für alle Leser, die jene Jahre nur aus den Schulbüchern kennen:

- 31. 07. 1932 Wahl zum 6. Reichstag. NSDAP wird stärkste Partei. 230 von 608 Sitzen. Kabinett Papen.
- 06. 11. 1932 Wahl zum 7. Reichstag. Stimmenverluste der NSDAP. 196 von 584 Sitzen. Kabinett Schleicher.
- 15. 01. 1933 Wahlsieg der NSDAP bei den Landtagswahlen in Lippe. Regierung Schleicher tritt zurück.
- 30. 01. 1933 Vereidigung der Koalitionsregierung des nationalen Zusammenschlusses unter Hitler. Stellvertreter Papen.
- 04. 02. 1933 Aufhebung verfassungsmäßiger Grundrechte durch Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes.
- 27. 02. 1933 Reichstagsbrand
- 28. 02. 1933 Proklamation des Ausnahmezustandes. Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat. Aufhebung der in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundrechte.
- 05. 03. 1933 Wahl zum 8. Reichstag. NSDAP erhält 288 von 647 Stimmen.
- 13. 03. 1933 Joseph Goebbels wird Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.
- 21. 03. 1933 Tag von Potsdam
- 23. 03. 1933 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz). Übergang der gesetzgebenden Gewalt auf die Exekutive.
- 31. 03. 1933 Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.
- 01. 04. 1933 Boykott jüdischer Geschäfte
- 07. 04. 1933 Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.
- Ab Mai 1933 Liquidation und Auflösung bzw. Verbot von Parteien und Gewerkschaften.
- 12. 11. 1933 Volksabstimmung. Über 90% Ja-Stimmen für Hitler.
- 01. 12. 1933 Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat. NSDAP wird alleinige Staatspartei.
- Sommer 1934 Ermordung des Stabschefs der SA, Ernst Röhm. Gleichzeitig Liquidierung politischer Gegner. Morde werden als Staatsnotwehr durch Gesetz für rechtens erklärt.
- 02. 08. 1934 Tod des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Hitler übernimmt das Amt des Reichspräsidenten.
- Sept. 1935 Nürnberger Gesetze. Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Verbot von Ehen mit Juden. Diffamierung bestehender Ehen mit Juden. Forderung des Nachweises arischer Abstammung.

Spiegelbild Heimatzeitung

Zum geschichtlichen Vorspann gehört auch ein Blick in die Heimatzeitung. Die Rubrik "Aus Stadt, Kreis und Provinz" des Brakeier Anzeigers, Jahrgang 1933 und 1934, wurde daraufhin überprüft, wie sich die große Politik im lokalen Bereich widerspiegelte. Welche "Stimmungslage" fand Pastor Pabst Ende 1933 bei seinem Amtsantritt in Brakel vor? War in Brakel die Welt noch in Ordnung? Konnte ohne Gefahr Widerstand geprobt werden? Der Leser mag sich eine eigene Meinung bilden. Die nachstehenden Zeitungsauszüge spiegeln die Situation klar und deutlich wider:

Brakeler Anzeiger
Mittwoch, 18. 1. 33

Eine außergewöhnlich umfangreiche Tagesordnung wies die gestern abend stattgefundene erste Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums im neuen Jahr auf. In dreistündiger Dauer wurden alle 18 Punkte erledigt, dank der vorzüglichen Leitung durch den Stadtrv.-Vorsteher. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach derselbe dem Magistrat, dem Stadtverordneten-Kollegium wie der ganzen Gemeinde die besten Wünsche für das neue Jahr aus. Die Hoffnungen und Erwartungen, die man auf das Jahr 1932 gesetzt habe, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Not zeichne heute noch mehr denn je ihre Merkmale auf verhärmte Gesichter. Doch dürfe und wolle man die Hoffnung auf Besserung nicht aufgeben. Jahrtausende lang habe die Welt einst auf den Stern von Bethlehem gewartet. Möchte doch auch bald über Deutschland ein glückverheißender Stern leuchten.

Brakeler Anzeiger
Mittwoch, 1. 2. 33

Aufruf!

Zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten und des Herrn Reichskanzlers findet am **Donnerstag, dem 2. Februar**, abends 8 Uhr ein **Fackelzug** statt. Die gesamte Bürgerschaft der Stadt Brakel und Umgebung wird zur regen Beteiligung herzlichst eingeladen. Sammelpunkt und Fackelausgabe von 7 Uhr ab vor dem Bahnhof. Fahnen heraus.

NSDAP., Ortsgruppe Brakel.

Der Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten).

Brakeler Anzeiger
Freitag, 3. 2. 33

* **Brakel, 3. Februar.** Einen Fackelzug veranstalteten gestern abend die Nationalsozialisten und der Stahlhelm aus Anlaß der Ernennung des neuen Reichskabinetts und Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Im Zuge marschierten SA., SS., Stahlhelmlaute und Personen in Zivil. Auf dem Marktplatz wurde eine Ansprache an die Teilnehmer gehalten. In den Straßen, die der Fackelzug passierte, hatten sich zahlreiche Menschen eingefunden, die den Vorbeimarsch ruhig ansahen. Soweit sich übersehen ließ, ist die Demonstration in aller Ruhe verlaufen.

Ergebnisse der Reichstags- u. Landtags-Wahl

Ort	Nat.-Soz.		Soz.-Dem.		Kommun.		Zentrum		Schw.-w.-rot		D. Vp.		Ev. V.		Bauernpartei	
	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.
Brakel: Rathaus	161	158	31	30	14	16	414	413	32	32	1	1	6	8	3	
Zacharias	230	232	31	33	64	63	434	416	40	41	5	3	3	3	1	
Brede	132	133	30	37	54	56	539	529	38	33				5		
Krankenhaus	4	4			1	1	60	59								
Beller	38	39					69	67	1	1						
Bellerfen	107	103	9	9	9	12	174	178	6	6	1	2			2	
Böfendorf	51	51	18	19	30	29	306	304								
Erfteln	112	113	29	27	19	17	248	246	11	11		4			2	
Hembjen	145	143	14	17	28	25	282	273	8	10			2	2		
Hinnenburg	15	15	2	1	3	3	20	21	10	9						2
Zittrup	55	60	8	8	8	7	194	186	6	5						2
Hieber	38	38	2	3	4	4	103	103	17	16						2
Niefel	83	82	1	1	2	2	135	139	11	9						1

Ergebnisse der Provinzial- u. Kreistagswahl.

Ort	Provinziallandtag					Kreistag				
	Nat.-Sozial.	Sozial-demokr.	Kommun.	Zentrum	Schw.-w.-rot	Nat.-Sozial.	Sozial-demokr.	Kommun.	Zentrum	Schw.-w.-rot
Brakel	493	60	87	1343	86	502	62	82	1326	88
Beller	42			57		42			56	
Bellerfen	108	7	7	189	1	103	6	9	190	4
Böfendorf	43	12	17	251	2	45	12	19	245	3
Erfteln	92	31	14	215	20	92	32	14	209	22
Hembjen	155	12	22	273	7	149	12	23	280	10
Hinnenburg	6	1	1	19	7	5	2	1	16	9
Zittrup	78	6	4	162	5	87	6	2	152	5
Hieber	41	2	2	83	32	31	2	2	65	61
Niefel	96	3	4	122	6	94	1	4	118	8
Niedel	28	1	3	106	3	34	2	2	95	10
Schmechten										
Beverungen	305	94	129	1053	26	303	100	132	1024	28

Die Wahlen im Kreis Hörter.

	Kreistag.
National-Soz.	8779 Stimmen, 7 Mandate (1)
Soz.-Demokr.	1653 " 1 " (2)
Kommunisten	1402 " 1 " (0)
Zentrum	20208 " 16 " (16)
Kampfr. Schw.-w.-r.	1132 " 1 " (1)
Ortsgruppe Drenke	257 " 0 "
Handw. u. Gewerbe	402 " 0 "

(Außer den Genannten hatten im vorigen Kreistag die Wirtschaftspartei 2 und die Deutsche Volksp. 1 Mandat.)

* **Brakel, 17. März.** Wie in Beverungen am Samstag voriger Woche, so fand auch hier am Mittwoch nachmittag eine Razzia nach Waffen durch Polizei und SA-Leute aus Brakel und aus Hörter statt. Bei verdächtigen Kommunisten und auch anderen Bürgern fanden Hausdurchsuchungen statt. Vereinzelt wurden auch Waffen gefunden und einige Personen vorläufig festgenommen. Die Aktion brachte eine Menge Neugieriger auf die Beine, die der Truppe von Haus zu Haus folgte.

* **Brakel, den 1. April 1933.**

Gestern abend 6 Uhr fand die erste Sitzung des neuen Stadtparlamentes statt, zu der alle 15 gewählten Abgeordneten erschienen waren. Die zwei nat.-sozial. Stadtverordneten [] und [] erschienen in SA-Uniform; die Nordseite des Sitzungssaales war mit der schwarz-weiß-roten, der Hakenkreuz- und der schwarz-weißen Farbe dekoriert; eine größere Schar Zuhörer war erschienen. Dieses alles gab der Sitzung ein außergewöhnliches Gepräge. Die Tagesordnung wurde in 1 1/4 stündiger Dauer in harmonischer Zusammenarbeit wie folgt erledigt:

1) Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten

Herr Bürgermeister Müller nimmt zunächst Gelegenheit, den Stadtverordneten, die bisher dem Kollegium angehört haben, zu danken für ihr uneigennütziges Wirken im Interesse der Stadt. Hinweisend auf die Neugestaltung der Verhältnisse im Reich erklärt Herr Bürgermeister, daß man, wenn man hier in dem Kollegium auch keine große Politik treibe, sich doch vertrauensvoll hinter den Kanzler stellen wolle. Dann nimmt er die nach § 28 der Städteordnung vorzusehende Verpflichtung der Stadtverordneten durch Handschlag vor.

Der Boykott der jüdischen Geschäfte, der von der NSDAP zum Zwecke der Abwendung der Greuelpropaganda im Auslande organisiert worden ist, verlief am Samstag in unserer Stadt (Brakel!) vollkommen reibungslos. Um 10 Uhr vormittags nahmen SA-Posten vor den jüdischen Geschäften Aufstellung, deren Schauwindower als solche gekennzeichnet waren. Die meisten jüdischen Geschäfte hielten daraufhin ihre Verkaufsräume geschlossen. Am Abend wurden die Posten wieder eingezogen...

Veranstaltung

aus Anlaß des Geburtstages des Herrn Reichskanzlers am Donnerstag, 20. April.

Bei der gestrigen Besprechung im Rathhause mit den Vereinsvorsitzenden wurde folgendes Programm für die Veranstaltung eines Fackelzuges festgelegt:

Die Vereine beteiligen sich an dem Fackelzuge mit Fahnen, Bannern und soweit möglich in Uniform.

Aufstellung in Reihen zu 4 Personen um 7.45 Uhr am Bahnhof, Straße am Bahndamm mit der Spitze bei der Einmündung der Bahnhofstraße, Anschluß nach Westen bis zum Hause Obers. Abmarsch 8.15 Uhr.

Reihenfolge für die Aufstellung: Reiterverein — Musik — SA und Stahlhelm — Feuerwehr — Schützenverein — Kriegerverein — Schulkinder vom 5. Schuljahr ab — Trommlerkorps — Jugendvereine — Gesangsvereine — KAV — Turnverein — N.S.B.D. — Eisenbahnverein — Reichspost — Arbeiterverein — SS. — Nichtgenannte Vereine können sich vor der SS. einschleichen. Die Aufstellung geschieht durch Ordner der SA.

Der Zug setzt sich um 8.15 Uhr in Bewegung durch Bahnhofstraße, Am Gänseanger, Nieheimerstraße, Ehystraße, Königstraße, Neustadt, Nieheimerstraße, Wolfskuhle, Hanekampstraße, Marktplatz.

Auf dem Marktplatz: Ansprache, Deutschlandlied, Horst-Wessel-Lied und danach Auflösung des Zuges.

Die Vereinsmitglieder tragen Bech- oder Wachsfackeln und zwar nur die Außenreihen, während alle Kinder Lampions tragen. Die Kinder bringen dieselben mit, bedürftigen Kindern werden sie geliefert. Die Vereine, denen dies möglich ist, mögen Fackeln mitbringen; die fehlenden Fackeln werden am Ausstellungsplatz ausgegeben, wofür die Vereine, die dazu in der Lage sind, später einen Geldzuschuß zahlen.

Die Bürger werden gebeten, ihre Häuser zu beslaggen.

* **Brakel, 21. April. Fackelzug zu Ehren des Reichskanzlers.** Wie überall in deutschen Landen, so feierte man gestern auch in Brakel den Geburtstag des Reichskanzlers Hitler. Alle öffentlichen und viele private Gebäulichkeiten hatten Flaggen Schmuck angelegt. Am Abend veranstaltete die Stadt einen Fackelzug zu Ehren des Herrn Reichskanzlers. Die Bürgerschaft hatte sich äußerst zahlreich eingefunden, um durch ihre Teilnahme der Verbundenheit zur gottgewollten Autorität sichtbaren Ausdruck zu geben. Den schier endlosen Flammenzug eröffnete der Reiterverein, unsere Feuerwehrkapelle

folgte und dann in bunter Reihenfolge die einzelnen Vereine bzw. Organisationen. Jung und alt war in gleich starkem Maße vertreten. Der Zug nahm seinen Anfang in der Bahnhofstraße und endete nach dem Marsch durch die Stadt auf dem Marktplatz. Von der Südfront des Rathauses grüßte ein erleuchtetes Latentkrenz auf dem mit Menichen gefüllten Platz. Vom Balkon des Hotels „Preußischer Hof“ sprach dann der Vorsitzende der Ortsgruppe Brakel der NSDAP, Herr [REDACTED], Jitrup. Er zeichnete kurz den Lebensweg Adolf Hitlers, mit all seinen Mühen, Mißerfolgen und seinen beispiellosen Erfolgen. Ein dreifaches „Sieg Heil“ auf den Reichskanzler beendete die Worte des Redners und leitete den Gesang des Horst-Wessel-Liedes ein. Anschließend sprach Herr Bürgermeister Müller. Redner warf einen kurzen Ueberblick auf die letzten zwei Jahrzehnte und begrüßte die neue Entwicklung. Der Ruf zur Mitarbeit am Aufbau des Vaterlandes solle nicht unerhört verhallen. Herz und Hand dem Vaterland und die Seele Gott dem Herrn, das sollte heute unser Gelöbniß sein. Ein dreifaches Hoch auf den Kanzler, den Reichspräsidenten und das deutsche Vaterland schloß seine Ausführungen. Brauend erklang das Deutschlandlied und langsam leerte sich der Platz. Möge es dem Kanzler vergönnt sein, all die Hoffnungen, die die Teilnehmer wie Zuschauer auf ihn gesetzt haben, zu erfüllen.

Tages-Ordnung zur Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag, dem 25. April 1933, abends 6 Uhr im Rathhousaal zu Brakel.

- 1) Verkauf von Bauplätzen.
- 2) Verkauf von ca. 35 qm vom Bleichgarten an Franz Bannenberg.
- 3) Neuverputz der Außenwände der Lehrerwohnungen am Kapuzinerkloster.
- 4) Ausführung von Arbeiten durch den freiv. Arbeitsdienst.
- 5) Ausbau der 2 Straßen zwischen Nieheimerstraße und Faulenfietsweg als Notstandsarbeiten.
- 6) Ausbesserung und Neubeschotterung von Feldwegen mit Material der Eisenbahn.
- 7) Revision und Abnahme der Jahresrechnung der Stadtparkasse für 1932.
- 8) Abnahme der Stadtkassen-Rechnung für 1931/32.
- 9) Verlängerung der Vergnügungssteuerordnung.
- 10) Verschiedene Anträge des Stadtv. Kleinschmidt.

Stadtverordneten-Sitzung.

* Brakel, den 26. April 1933.

Zu einer Sitzung, die mit ihrer Dauer von über 4 Stunden sich über den normalen Rahmen hinaus bewegte, gestaltete sich das Treffen der Stadtväter am gestrigen Abend. Die Stadtverordneten waren vollzählig, bis auf Herrn Bröker, anwesend. Vom alten Magistrat — der neue ist noch nicht bestätigt — waren vertreten die Herren Bürgermeister Müller, Schmid, Menne, Düwede.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde auf Vorschlag des Stadtv.-Vorstehers der Punkt 11 gesetzt:

Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Hitler werden zu Ehrenbürgern von Brakel ernannt.

Stadtv. ■■■ spricht kurz zu diesem seinen Antrag. Die Versammlung stimmt einstimmig debattelos zu.

Umbenennung der Bahnhofstraße in Adolf Hitler-Straße und der Kriegerehrung in Hindenburg-Hain.

Auch dieser Antrag ■■■ wird angenommen. Gegen die Umbenennung der Bahnhofstraße spricht und stimmt der Stadtv. Gehle. Die Bezeichnung Hindenburg-Hain wird mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Stv. Kleinschmidt wollte Umbezeichnung der Hanekampstraße in Hindenburgstraße. Stadtv. Dr. Klein setzte sich für die Umbenennung des Wallgrabens in Hindenburgwall ein. Bei der Abstimmung kam der Antrag ■■■ knapp durch.

* Brakel, 27. April. **Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Hindenburg und Hitler.** Durch Beschluß der letzten Stadtverordneten-Versammlung sind nun auch unser allverehrter Herr Reichspräsident von Hindenburg und sein jetziger Kanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt Brakel ernannt worden. Die überwiegende Mehrzahl der Brakeler Bevölkerung wird diesem Vorhaben freudigen Herzens zustimmen. Hindenburg als getreuer Eckehard des deutschen Volkes hat bewiesen, daß er sich restlos in den Dienst der Allgemeinheit und seine ganze Persönlichkeit dem Vaterland zur Verfügung gestellt hat. Reichskanzler Hitler hat aus kleinsten Anfängen dank seiner Fähigkeit und unermüdblichen Tatkraft eine Bewegung geschaffen, die die heutige Regierung zum ersten Male in die Lage gesetzt hat, die Idee der Einheit des Reiches über alle landsmannschaftlichen Trennungen hinweg zur unbeschränkten Durchführung zu bringen.

Auf die telegraphische Mitteilung von der Verleihung des Ehrenbürgerrechts haben der Herr Reichspräsident und der Herr Reichskanzler an die Stadtverwaltung folgende Antworten gegeben:

Der Reichspräsident. Berlin, den 4. Mai 1933.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für die Ehrung, die mir die städtischen Körperschaften von Brakel durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts erwiesen haben, spreche ich meinen aufrichtigen Dank aus. Ich nehme die Ehrung gern an und sende Ihnen und meinen neuen Mitbürgern meine herzlichsten Grüße und meine besten Wünsche für die Zukunft von Brakel.

von Hindenburg.

Adolf Hitler
Kanzlei.

München, den 5. Mai 1933.

Betr. Ehrenbürgerschaften.

Die augenblicklich starke Ueberlastung der Kanzlei macht zur Zeit eine sofortige Bestätigung der täglich für den Führer in großer Zahl eingehenden Anträge um Annahme der Ehrenbürgerchaft, Ehrenbürgerurkunden usw. unmöglich. Da auch der Führer aufs äußerste in Anspruch genommen ist, werden die antragstellenden Körperschaften gebeten, sich noch kurze Zeit zu gedulden.

Ein persönliches Dankschreiben des Reichskanzlers geht Ihnen sobald als möglich zu.

Mit deutschem Gruß!

Albert Bormann.

* Brakel, 31. Mai 1933.

Zur gestrigen Sitzung des städtischen Kollegiums hatten sich der Magistrat vollzählig und die Stadtverordneten bis auf den erkrankten Stadtv. Bröker und den entschuldigten Stadtv. Wölk eingefunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Stadtv.-Vorsteher die Dankeschreiben vom Herrn Reichspräsidenten und von der Reichskanzlei betr. Verleihung des Ehrenbürgerrechts.

Betr.
Kirchenwahlen am 23. Juli 1933.

Nach dem Reichsgesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 14. Juli 1933 finden am 23. Juli 1933 die Neuwahlen zu der größeren Gemeindevertretung im Anschluß an den Hauptgottesdienst statt. Alle Gemeindeglieder, welche am 23. Juli das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens 3 Monate in der hiesigen Gemeinde wohnen, nach Maßgabe ihrer Veranlagung zu den kirchlichen Lasten beigetragen haben und **noch nicht** in der kirchlichen Wählerliste stehen, werden hiermit aufgefordert, sich unverzüglich, **spätestens bis zum 20. Juli, 15 Uhr** für die kirchliche Wählerliste im Pfarrhause persönlich oder schriftlich anzumelden. Nur diejenigen Personen, deren Namen in der Wählerliste stehen, dürfen sich an der Wahl beteiligen. Ebenso sind Wahlvorschläge spätestens bis zum 20. Juli 1933 nachmittags 15 Uhr bei dem Pfarrer einzureichen. Jeder Wahlvorschlag muß 10 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen.

Brakel, den 18. Juli 1933.

Das Presbyterium.
J. B.: Berthold.

Keine Evangelische Kirchenwahl.
Evangelische Kirchengemeinde von Brakel hat eine Einheitsliste der Kirchenabgeordneten mit 12 Vertretern und Stellvertretern aufgestellt, so daß hier keine Kirchenwahl stattfinden brauchte.

Mitteilung des Ortsgruppenverbandswart.

Ich fordere hiermit sämtliche Unorganisierte auf, sich bis zum 1. August in der Wolfstuhle, Nr. 1, zu melden. Nach dem 1. August wird scharfe Kontrolle durchgeführt. Es gibt nur einen Wahlpruch: Einer für alle, alle für einen. Heil Hitler!

Stimmzettel in weißer Farbe

Stimmzettel in grüner Farbe

So sehen die Stimmzettel aus, wenn Du richtig gewählt hast.

Abstimmungs-Ergebnisse:

Ort	Wahlberecht.	Ja	Nein	Un- gültig	Reichs- tag
Brakel: Rathaus	747	665	37	20	641
Zacharias	872	808	32	18	772
Brede	911	801	51	18	766
Krankenh.	62	61		1	61
Gesamtergebnis	2592	2335	120	57	2140
Beller	110	99	2	6	100
Bellersen	380	349	7	6	354
Böfendorf	450	412	10	8	390
Erkeln	465	445	10	4	430
Hembjen	554	534	10	12	512
Hinnenburg	72	66	1	2	67
Hstrup	294	280	3	2	273
Rheder	181	185	3	2	179
Riesel	264	258		1	248
Schmedten	152	142	1	7	134
Gesamtergebnis	2922	2770	47	50	2688

Nethegau- und Weser-Zeitung
Freitag, 12. 1. 34

Kirchenkalender Brakel.

Sonntag, den 14. Januar 1934.

Kath. Gottesdienst.

Pfarrkirche: 6 Uhr hl. Messe, 8 Uhr hl. Messe und gemeinschaftliche hl. Kommunion der Jünglinge, 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Hochamt, 2 $\frac{1}{4}$ Uhr Andacht zu Jesus, Maria und Joseph (381).

Kapuzinerkirche: 7 $\frac{1}{2}$ Uhr hl. Messe.

In allen hl. Messen werden die kirchlichen Vorschriften über Eingehung der Ehe verlesen.

Evangel. Gottesdienst.

Vormittags 10 Uhr Gottesdienst.

Die Einführung des neugewählten Pfarrers Pabst findet am Sonntag, dem 21. Januar im Gottesdienst statt; am Nachmittag ist eine Nachversammlung in der Stadthalle.

Nethegau- und Weser-Zeitung
Mittwoch, 24. 10. 34

Evangelische Kirchengemeinde Brakel.

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr Bittgottesdienst mit Bekenntnisakt der Gemeinde.

Die Evangelische Kirche und das Dritte Reich

Zum Verständnis der Schülerarbeit ist es notwendig, sich mit der Situation der Evangelischen Kirche in den Jahren 1933 und 1934 vertraut zu machen:

1. Die Gemeinde Brakel als Teil der preußischen Provinz Westfalen

Seit 1815 gehörte die Evangelische Kirchenprovinz Westfalen als Provinzialkirche zur Evangelischen Kirche in den preußischen Ländern. Innerhalb der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union hatten die Rheinprovinz und Westfalen eine Sonderstellung. In beiden Kirchenprovinzen blieben weitgehend die alten Kirchenordnungen erhalten. Diese Kirchenordnungen betonten den synodalen Aufbau der Kirche und das Streben nach Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von kirchlichen Verwaltungsbehörden.

Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union gehörte ihrerseits als eine der 28 deutschen Landeskirchen dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund an, der 1922 gegründet worden war (DEK). Dieser Bund beließ den einzelnen Landeskirchen ihre volle Selbständigkeit, erfaßte sie nur lose als Gesamtvertretung, vor allem gegenüber der Ökumene.

2. Die Reaktion der Evangelischen Kirche zur nationalsozialistischen Machtergreifung am 30. Januar 1933

Viele führende Vertreter der Evangelischen Kirche begrüßten 1933 den Anbruch des Dritten Reiches. Stellvertretend seien zwei Zeitzeugen genannt: Der damalige Generalsuperintendent Dr. Otto Dibelius erklärte im März 1933 in einem Schreiben an die ihm unterstellten Pfarrer: "Es werden unter uns nur wenige sein, die sich dieser Wendung nicht von Herzen freuen."

Noch bekannter ist das Huldigungstelegramm des Dahlemer Pfarrers Martin Niemöller vom Oktober 1933: "In dieser für Volk und Vaterland entscheidenden Stunde grüßen wir unseren Führer. Wir danken für die mannhafte Tat und das klare Wort, die Deutschlands Ehre wahren. Im Namen von mehr als 2500 evangelischen Pfarrern, die der Glaubensbewegung Deutsche Christen nicht angehören, geloben wir treue Gefolgschaft und fürbittendes Gedenken."

Vor diesem Hintergrund sind auch die Worte zu verstehen, die bei der Einführung des Brakeier Pfarrers Pabst vom Superintendenten Nobbe am 21. Januar 1934 gewählt wurden. Er führte damals aus,

daß in einer Stunde wie der gegenwärtigen man dankbar sein müsse, daß man in einem Staate lebe, der alles Christliche ehre und achte, das Christentum zu neuem Leben aufrufe und schütze. Man wisse, daß der Führer des Volkes ein Mann sei, der die Kraft zu seiner Riesenaufgabe aus jener Quelle schöpfe, die wir - gemeint sind die Christen - bejahen. Als man ihn - den Führer - vor einiger Zeit fragte, wie er das alles fertigbrächte, da zog er - der Führer, sie! - das neue Testament aus der Tasche und sagte: "Hieraus hole ich meine Kraft"...

3. Die Deutsche Evangelische Kirche (DEK)

Der allgemeine Wunsch nach einem festeren Zusammenschluß der verschiedenen Evangelischen Landeskirchen in eine Reichskirche schien durch die Machtergreifung in greifbare Nähe gerückt zu sein. Der Deutsche Evangelische Kirchenbund konnte sich dieser allgemeinen Bewegung nicht entziehen. Es wurde ein Dreierausschuß eingesetzt, der die neue Verfassung der Evangelischen Kirche ausarbeiten sollte. Diesem Ausschuß trat auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers der Wehrkreispfarrer Ludwig Müller bei, den Hitler zum "Bevollmächtigten für die Fragen der Evangelischen Kirche" ernannt hatte. Bereits im Juli 1933 wurde die neue Verfassung von allen Evangelischen Landeskirchen angenommen und trat am 14. desselben Monats in Kraft. Die Neuwahlen zur Gemeindevertretung wurden auf den 23. Juli festgesetzt. Die wichtigsten Bestimmungen lauteten, daß die Deutsche Evangelische Kirche (DEK) alle aus der Reformation erwachsenen gleichberechtigten Bekenntnisse in einem Bunde vereine. Die DEK gliederte sich in Landeskirchen. Organ der DEK sei der Reichsbischof, der nach dem Führerprinzip an der Spitze der Kirche stehe. Als weitere Organe waren vorgesehen das geistliche Ministerium (3 Theologen, 1 Jurist) mit der Kirchenkanzlei als oberster Verwaltungsbehörde und die Nationalsynode, deren Mitglieder zu zwei Dritteln von den Landeskirchen entsandt und zu einem Drittel vom Reichsbischof berufen werden sollten. Von der Nationalsynode sei der Reichsbischof zu wählen.

4. Streit um die Führung der DEK vor und nach den Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933

Als erster Reichsbischof wurde noch während der Verhandlungen von den Vertretern der Landeskirchen am 27. Mai 1933 der Leiter der Betheler Anstalten -Pastor Friedrich von Bodelschwingh - gewählt. Sein unterlegener Gegenkandidat - Ludwig Müller - focht die Wahl sofort an. Im Verlauf der einsetzenden internen Streitigkeiten zwischen Landesregierung Preußen - und den verschiedenen kirchlichen Gruppierungen trat Bodelschwingh von seinem Amt zurück. Eine Klärung der Situation wurde von den Neuwahlen der Kirchenkreis- und Provinzialkirchenorgane vom 23. Juli 1933 erwartet.

In den Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 sollten in den Gemeinden die unmittelbar von den Gemeindemitgliedern zu wählenden kirchlichen Organe - die Gemeindevertretung - gewählt werden. Die mittelbaren Wahlen für die übrigen kirchlichen Vertretungen - Presbyterienkreise und Provinzial-Synoden - sollten bis zum 31. August stattgefunden haben.

Da die Verfassung der DEK erst am 14. Juli 1933 in Kraft getreten war, konzentrierte sich der "Wahlkampf" auf eine knappe Woche. In diesem "Wahlkampf" standen sich im wesentlichen zwei Bewegungen gegenüber: die Kirchenbewegung der "Deutschen Christen", die dem Nationalsozialismus zuneigte, und kirchliche Strömungen, die später zur "Bekennenden Kirche" führten. Die nationalsozialistische Partei stellte während des kurzen "Wahlkampfes" ihre gesamte Organisation den "Deutschen Christen" zur Verfügung. Hitler selbst intervenierte am Vorabend der Wahl von Bayreuth aus. Nach dem Besuch des "Parsifal" hielt er am 22. Juli 1933 zwischen 23.30 und 23.45 Uhr eine Kurzansprache über den Rundfunk, in der er den "Deutschen Christen" ins Stammbuch schrieb, daß es ihr Verdienst vor der Geschichte sei, die Vielzahl der Evangelischen Kirchen in eine einige Reichskirche zu führen.

Die Kirchenwahlen führten zu einem absoluten Wahlsieg der "Deutschen Christen". Nur in den Kirchenprovinzen Bayern und Westfalen konnten sich die Gegenbewegungen halten. Damit war aber der Weg für die Nationalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in Wittenberg frei. Im September 1933 wurde Ludwig Müller dort zum Reichsbischof gewählt.

5. Die kirchliche Opposition

Ansatzpunkte für erste kirchliche Oppositionshandlungen waren im Frühjahr 1933 der Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte für den 1. April und der sogenannte Arier-Paragraph im neuen Beamtengesetz. Besonders um den Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller bildete sich eine opponierende Gruppe - Notbund genannt - die eine Übernahme des Arier-Paragraphen für kirchliche Ämter strikt ablehnte.

Deutlicher wurde die innerkirchliche Opposition im Verlauf des sommerlichen "Wahlkampfes" 1933. Gegen die staatlich geförderten Deutschen Christen (DEK) trat die Opposition unter dem Banner "Evangelium und Kirche" auf.

Klarere Umriss erhielt die Opposition nach der Nationalsynode in Wittenberg im September 1933:

Aus Pfarrer-Notbund und jungreformatorischer Bewegung um den Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller bildete sich im Oktober in Berlin ein Bruderrat. Alle Mitglieder dieses Bruderrates waren später leitend in der bekennenden Kirche tätig.

Parallel zu den Berliner Gruppierungen fanden Anfang Oktober im Rheinland in Elberfeld Versammlungen der reformierten Prediger statt. Spiritus rector war hier der Theologe Karl Barth. In bewußter innerkirchlicher Opposition zum Pfarrer-Notbund gründete man die Coetos-Bewegung. Rund 40 Pastoren gehörten dieser Gruppierung an.

Beide Gruppierungen standen in engem Kontakt zueinander. Ende Oktober 1933 wurde Karl Barth vom Bruderrat zu einem Vortrag nach Berlin eingeladen. In seiner historischen Rede tauchte der berühmte Satz auf:

" Sie haben, gestärkt durch das, was uns die Reformation gerade heute zu sagen hat, Widerstand zu leisten."

Dieses Wort - Widerstand - sprang spontan über und führte zu minutenlangen Ovationen. Während der anschließenden Diskussion tauchte erstmals der Gedanke auf, eine freie Synode als Gegenstück zur Reichskirche zu berufen. Dieser Gedanke führte zu den Bekenntnis-Synoden vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen bzw. vom 19. bis 20. Oktober 1934 in Dahlem.

Die beiden Bekenntnis-Synoden in Barmen und Dahlem unterscheiden sich dadurch, daß in Barmen zunächst nur eine klare theologische Abgrenzung zu den Deutschen Christen und deren Totalitätsanspruch erfolgte, während in Dahlem die Organisation des deutsch-christlichen Kirchenregiments völlig in Frage gestellt wurde. Die Alleinherrschaft des Reichsbischofs auf der Grundlage des Führerprinzips widerspreche dem Geist der Evangelischen Kirche. Die Bekenntnis-Synode schuf als neue Organe zur Leitung und Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) einen Reichsbruderrat und aus dessen Mitte den Rat der Deutschen Evangelischen Kirche. Damit war die Spaltung der Evangelischen Kirche nicht nur im Bekenntnis, sondern auch in der äußeren Ordnung vollzogen.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt hat sich die Führung der Nationalsozialisten nicht mehr fördernd hinter die Bewegung der Deutschen Christen gestellt. Um den Reichsbischof Müller war es schon seit Ende 1933 ruhiger geworden, nachdem er die Evangelischen Jugendverbände vertraglich am 19. und 20. Dezember 1933 an den Reichsjugendführer v. Schirach "ausgeliefert" hatte. Die von den neuen Machthabern geförderte Idee, im Bereich der Evangelischen Kirche eine einheitliche Reichskirche zu schaffen, war an der innerkirchlichen Opposition gescheitert. *)

*) Weiterführende Literatur: Klaus Scholder, Die Kirche und das Dritte Reich, Band 1, Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Propyläen-Verlag Frankfurt 1977; Wilhelm Niemöller, Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche, Ludwig Bechauf-Verlag Bielefeld 1948; Bernd Hey, Die Kirchenprovinz Westfalen 1933-1945, Luther-Verlag Bielefeld 1974

Schülerwettbewerb Barmen 1934 - 1984
mit dem Titel "Unsere Kirchengemeinde damals"
eingereicht von Hans-Jürgen Borchert und Bernd Zymner

1. Die Entwicklung der Evangelischen Kirchengemeinde in Brakel

Die Stadt Brakel kam zum ersten Mal etwa 1560 mit dem reformatorischen Gedankengut in Berührung. Ein überwiegender Teil der Einwohner wurde in dieser Zeit evangelisch. Noch vor dem 30jährigen Krieg wechselten viele wieder zu ihrem ursprünglichen katholischen Glauben zurück, da der Landesherr, Dietrich von Fürstenberg, die evangelischen Einwohner vor die Wahl stellte, entweder den alten Glauben wiederanzunehmen oder auszuwandern.

Erst am 31. Oktober 1831 wurde wieder ein evangelischer Gottesdienst gehalten. Nachdem das Hochstift Paderborn die Selbständigkeit verloren hatte, gehörte es nun Preußen an. Die evangelischen Gemeindeglieder waren hauptsächlich aus Preußen stammende zugezogene Beamtenfamilien. Die Kapuzinerkirche, eine ehemalige Klosterkirche, wurde der Gemeinde zur Verfügung gestellt, wurde aber von der katholischen Gemeinde noch mitbenutzt. 1839 kam sie in den Besitz der Evangelischen Gemeinde, die sich nun zu organisieren begann. Im Mai 1843 erteilte die Königliche Regierung in Minden dem Superintendenten die Aufgabe, die Gemeinde zu konstituieren. So fand bereits einen Monat später die erste Presbyterwahl statt. Im Jahre 1844 wurde der erste Pfarrer in Brakel eingeführt. In den folgenden Jahren entwickelte sich zwischen der Evangelischen und der Katholischen Gemeinde ein freundschaftliches Verhältnis.

Der im Jahre 1892 in Brakel eingeführte Pfarrer Heinrich Berthold erkannte, daß die Doppelnutzung der Kapuzinerkirche auf die Dauer keine Lösung sein konnte. Auf seine Anregung hin beschloß das Presbyterium, die Kirche zu verkaufen (1908), um eine neue bauen zu können. Die 1912 fertiggestellte "Auferstehungskirche" wurde mit dem neuen Pfarrhaus eingeweiht. Die Gemeinde bestand aus rund 300 Mitgliedern; die katholische dagegen aus etwa 3400.

Gottesdienste, kirchlicher Unterricht und die Seelsorge wurden mit großem Engagement in der Gemeinde durchgeführt. 1933, als Pfarrer Berthold in den Ruhestand trat, war die Zahl der Mitglieder auf 400

Personen angewachsen. Im Kirchenkampf traten 5 % der Gemeindemitglieder den Deutschen Christen bei. Die Pfarrer wechselten in dieser Zeit recht häufig. Erst 1938 fand man wieder etwas Ruhe mit dem Pfarrer Gericke, der die Gemeinde durch die schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre führte. In dieser Zeit verzeichnete die kleine Gemeinde große Zuwachszahlen: zuerst durch die aus dem Ruhrgebiet Evakuierten, danach durch die Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten. Die Evangelische Kirchengemeinde hatte damals ca. 2000 Gemeindemitglieder. Die Schwerpunkte wurden auf die Seelsorge, soziale Betreuung und Jugendarbeit gelegt. Die Zahl der Gemeindemitglieder stieg bis heute auf ca. 2150 an.

2. Die Situation der Kirchengemeinde 1933/1934

Das Jahr 1933, in dem die Nationalsozialisten mit Adolf Hitler am 30. Januar die Macht im Staate ergriffen, hatte auch für die kleine Evangelische Gemeinde in Brakel eine besondere Bedeutung. Im Juli 1933 fanden in Brakel wie in ganz Westfalen die Kirchenwahlen für die Gemeindevertretungen statt. Pfarrer Heinrich Berthold, der seit 1892 als Pastor in Brakel tätig war, rief in einer Anzeige vom 19. 7. 1933 im "Brakeier Anzeiger" die evangelischen Christen in Brakel auf, sich in die Wahlliste eintragen zu lassen, um die größere Gemeindevertretung wählen zu können. Schon 5 Tage später, am 24. 7. 1933, wurde bekanntgegeben, daß eine Einheitsliste mit 12 Vertretern und Stellvertretern aufgestellt worden war. Von dieser wurden die Presbyter Brandt, Westermann, Kallmeier und Baseler gewählt. Am 6. 6. 1933 wurden die Presbyter feierlich in ihr kirchliches Amt eingeführt.

Aber nicht nur im Presbyterium ergaben sich Veränderungen, sondern auch an der Spitze der Gemeinde. Pfarrer Berthold ging am Erntedankfest 1933 mit 70 Jahren in den Ruhestand. Er nahm in einem festlichen Gottesdienst von seiner Gemeinde Abschied. In seine 41 Jahre währende Amtszeit fielen so wichtige Ereignisse wie der Bau der Evangelischen Auferstehungskirche 1911/1912 und der Bau des Pfarrhauses 1912. In einer Abschiedsfeier im Pfarrhaus nahmen Presbyter und die Gemeindevertretung Abschied und "dankten für all seine Mühe und Arbeit, für all die Liebe und Treue, die der scheidende Geistliche in seiner Amtszeit für seine Gemeinde aufwandte."

Pfarrer Pabst inmitten eines Konfirmations-Jahrganges in Kattenvenne

Da nun die Pfarrstelle vakant war, mußte sich das Presbyterium rasch für einen neuen Pfarrer entscheiden. Unter Vorsitz von Superintendent Nobbe, der in dieser Zeit den stellvertretenden Vorsitz im Presbyterium hatte, entschied man sich in der Sitzung vom 26. 10. 1933, Pfarrer Karl Arthur Pabst nach Brakel zu rufen. Schon am Sonntag, dem 19. November 1933, hielt Pfarrer Pabst im Gottesdienst in Brakel seine Gastpredigt. Kurz danach, am 13. 12. 1933, übersiedelte Pfarrer Pabst von Kattenvenne (Münsterland), seinem letzten Wirkungsort, nach Brakel und hielt am 17. 12. 1933 seinen ersten Gottesdienst in der Evangelischen Kirche. Am 21. Januar 1934 erfolgte durch Superintendent Nobbe in einem feierlichen Gottesdienst die offizielle Einführung. Dieses Ereignis wurde auch vom "Brakeier Anzeiger" mit einer Reihe von ausführlichen Berichten gebührend gewürdigt.

3. Die Auswirkungen der Barmer Erklärung

Schon während der Feier, die im Anschluß an die offizielle Einführung in der Stadthalle stattfand, konnte man mahnende Worte des neuen Pfarrers hören. So sagte er in einer kleinen Ansprache:

"... Aber die Kirche kann diesen von ihr geforderten Dienst nur recht ausrichten, wenn sie allein dem gehorcht, der ihr Herr ist, wenn sie ihre Arbeit sich nicht von außerkirchlichen Instanzen bestimmen läßt, wenn sie ihren Auftrag nicht nach weltlichen Anliegen richtet, sondern wenn sie allein im Gehorsam gegen Christus handelt."

Innerhalb der Gemeinde und besonders im Presbyterium entwickelte Pfarrer Pabst nun mehr und mehr Aktivitäten, um auch der kleinen Brakeier Gemeinde Aufklärung über die Geschehnisse im Kirchenkampf zu bringen. In den Presbyteriumsprotokollen wird am 6.7.1934 vermerkt:

"Es wird die kirchliche Lage besprochen. Der Vorsitzende gibt einen Bericht, der die Haltung des derzeitigen Kirchenregiments (DC) als im Widerspruch zur Lehre und Ordnung Evangelischer Kirche stehend darlegt. Es wird beschlossen, sobald als möglich in der Gemeinde öffentlich durch Vorträge über die kirchliche Lage Aufklärung zu schaffen. Die große Gemeindevertretung ist der Meinung, daß sie zu den kirchlichen

Vorgängen Stellung nehmen muß, was einer späteren Sitzung vorbehalten wird. ... Wir bitten Gott um seinen Geist, die Geister zu prüfen."

Bereits die Äußerung, öffentliche Vorträge zu halten, muß für die damaligen politischen Verhältnisse als nicht ungefährlich angesehen werden; denn es konnten durchaus Denunziationen von Gemeindemitgliedern an staatliche Stellen erfolgen. Pfarrer und Presbyterium, deren kirchliche Haltung nunmehr klar in den Rahmen der Bekennenden Kirche gestellt werden kann, ließen sich nicht von ihrem eingeschlagenen Wege abbringen.

Am 24. 10. 1934, fünf Monate nach der Barmer Erklärung und vierzehn Monate nach dem Tecklenburger Bekenntnis, die den Anstoß zur eigenen Stellungnahme gegeben haben werden, gab das Presbyterium seinerseits eine "Brakeier Erklärung" ab.

4. "Die Brakeier Erklärung" - Erklärung des Presbyteriums

Im Protokoll vom 24. 10. 1934 findet sich folgender Wortlaut:

"Das Presbyterium hat einmütig beschlossen:
1. Das Presbyterium gibt folgende Erklärung ab:
Im Gewissen gebunden an unser Gelübde, unser 'Amt sorgfältig und treu, dem Worte Gottes, den Ordnungen der Kirche und der Gemeinde gemäß zu verwalten und gewissenhaft darauf zu achten, daß alles ordentlich und ehrlich in der Gemeinde zugehe' und in dem Bewußtsein unserer Verantwortung vor dem Herrn der Kirche bekennen wir vor dieser Gemeinde:
Die derzeitige 'Reichskirchenregierung' unter Führung der Herren Müller und Jäger hat den Boden der Hl. Schrift und der Bekenntnisse unserer Väter im Glauben verlassen;
denn sie duldet die Fälschung und Entstellung der biblischen Botschaft;
sie erstrebt eine deutsche Nationalkirche unter Aufhebung der Bekenntnisse;

sie verletzt das kirchliche Recht in unerhörter Weise und wendet im Raum der Kirche die weltlichen Mittel der Gewalt und Macht rücksichtslos an;

sie handelt gegen Wahrheit und Ehre und verstößt gegen das Gebot christlicher Liebe.

Gehorsam gegen diese 'Reichskirchenregierung' wäre Ungehorsam gegen Christus, den alleinigen Herrn der Kirche.

Deshalb können wir diese Kirchenregierung nicht als kirchliche Leitung anerkennen;

vielmehr unterstellen wir uns der Leitung der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, gegründet auf Gottes Wort, und erstreben mit ihr eine Deutsche Evangelische Kirche, gegründet auf Gottes Wort und den Bekenntnissen der Reformation, da Jesus Christus der alleinige Herr und Meister der Kirche ist.

Die Gemeinde aber rufen wir auf, mit uns in gleichem Willen und Bekennen zusammenzustehen. Wir ermahnen mit dem Apostel Paulus:

Du aber bleibe in dem, das du gelernt hast und dir vertraut ist, da du ja weißt, von wem du gelernt hast. (2. Tim. 3,14) Darum: Wachtet, steht im Glauben, seid männlich und seid stark. (1. Kor. 16,13) Denn wir sind gewiß: Der Gott aller Gnade, der uns berufen hat zu seiner ewigen Herrlichkeit in Christo Jesu, derselbige wird euch, die ihr eine kleine Zeit leidet, vorbereiten, stärken, kräftigen, gründen. Demselben sei Ehre und Macht von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen. (1. Petr. 5,10)"

Damit war diese Erklärung aber noch nicht beendet, So heißt es in Absatz 2 der Tagesordnung:

" Diese Erklärung wird am Donnerstag Abend im Bittgottesdienst und am Sonntag, dem 28. 10. 34, im Gottesdienst vom Vorsitzenden des Presbyteriums unter Assistenz der Presbyter vom Altar aus der Gemeinde bekanntgegeben, und die Gemeinde wird aufgefordert, durch Erheben von den Plätzen ihr Einverständnis mit dieser Erklärung zu geben."

Durch diesen letzten Passus wurde der Gemeinde ein gehöriges Stück an Mut abverlangt, sollte diese sich doch aktiv am Widerstand gegen eine Institution beteiligen, hinter der letzten Endes der NS-Staat stand. Dem Presbyterium kamen einen Tag später doch erhebliche Bedenken, welche Folgen Absatz 2 für die Gemeinde haben konnte. Deshalb beschloß man vor dem Bittgottesdienst am Donnerstag, diesen letzten Beschluß nicht von der Gemeinde zu verlangen. Die am vorherigen Tag zum Brakeier Anzeiger gebrachte Nachricht "Donnerstag Gottesdienst mit Bekenntnisakt der Gemeinde" erschien dennoch am Donnerstag im Kirchenkalender Brakel. Damit war der Kirchenkampf innerhalb der evangelischen Gemeinde auch direkt in das Landstädtchen eingezogen. In den folgenden Wochen und Monaten entwickelten sich innerhalb des Presbyteriums und mit örtlichen NS-Funktionären zum Teil harte Auseinandersetzungen.

5. Auseinandersetzungen

In der örtlichen Presse fanden Auseinandersetzungen nur auf den überregionalen Seiten statt. Um so mehr gärte es innerhalb des Presbyteriums. Außerdem legte man sich mit dem Ortsgruppen-Filmwart der Brakeier NSDAP an, und es gab Streit mit einem NS-Stadtverordneten, der mit einem anderen in das 15köpfige Stadtparlament im März 1933 eingezogen war. Zunächst soll der interne Streit näher untersucht werden. In der PresbyterVersammlung vom 8. November gab es seitens eines Presbyters den ersten Widerspruch. Er war in der entscheidenden Versammlung sowie am 8. 11. 1934 nicht anwesend. Presbyter Baseler gab vor, nicht gewußt zu haben, daß es sich bei der Presbyteriumserklärung um einen Beschluß handelte. Er stellte sich "voll und ganz hinter die Reichskirchenregierung". Es ist erstaunlich, daß dieser Presbyter, der schon 1929 in den Protokollen auftaucht, erst zu diesem Zeitpunkt Widerspruch erhebt. Im Presbyterium stößt diese Äußerung deshalb auch auf Befremden, und es geht von seinem gefaßten Beschluß "um der Wahrheit willen" nicht ab. Presbyter Baseler wird, da seine Aussagen durch den Pfarrer wiedergegeben werden, zur nächsten Sitzung gebeten, um eine Stellungnahme abzugeben. Am 17. November findet die nächste Presbyteriums-sitzung statt, zu der auch Presbyter Baseler erscheint. Er wiederholt die bereits gemachten Äußerungen und stellt sich wiederum hinter die Reichs -

kirchenregierung aufgrund seiner "innersten Überzeugung", unterschreibt aber trotzdem das Protokoll der Sitzung nachträglich, in der die "Brakeier Erklärung" v/erfaßt und beschlossen wurde. Auf seine erneuten Äußerungen gegen die Bekennende Kirche reagiert Pfarrer Pabst mit einer Warnung, indem er sagt, daß "eine Zusammenarbeit mit Herrn Baseler im Presbyterium unmöglich geworden sei, da Herr Baseler kein Vertrauen zum Vorsitzenden habe und eine Reichskirchenregierung unterstütze, die die Irrlehre in die Kirchenregierung hineintrage und jedes evangelische Kirchenleben zerstöre". Damit deutete Pfarrer Pabst bereits die Konsequenzen an, die folgen sollten; denn Pfarrer und Presbyterium waren nicht gewillt, nach der bislang dargelegten Situation mit diesem Presbyter weiter zusammenzuarbeiten. Die Vertrauensbasis innerhalb dieses Gremiums war erschüttert. Presbyter Baseler sah sich einer eindeutigen Mehrheit entgegengestellt und zog erste Konsequenzen; denn an den folgenden Sitzungen nahm er nicht mehr teil.

Am 4. Februar 1935 wurde in der Presbyteriumsversammlung ein Schreiben an den Kreissynodalvorstand verfaßt, in dem die Sachlage dargestellt wurde und man fragte, wie die weitere Verhaltensweise sein sollte. Dieses Schreiben steht im Rahmen der Maßnahmen vieler Presbyterien, die DC-Presbyter entfernen wollten und sich an die Kreissynodalvorstände wandten, die ja überwiegend in BK-Hand waren. Erstmals taucht hier im Schreiben der Titel "Bekennnis-Presbyterium" auf.

Ohne jede weitere Anmerkung wird am 17. 2. 1935 ein weiterer Konflikt sichtbar, der sich zwischen dem Ortsgruppen-Filmwart der örtlichen NSDAP - Meyer -und dem Presbyterium ergab und somit die Auseinandersetzungen auch in einen größeren örtlichen Rahmen stellte. Meyer wurde zur Presbyteriumssitzung geladen, da er nach Meinung des Gremiums "durch unehrliches und charakterloses Verhalten das Gemeindeleben empfindlich störe". Damit war der Konflikt auch örtlich zwischen Partei und Evangelischer Kirche entbrannt. Meyer wurde vom Presbyterium bedrängt; die Diskussionen blieben aber aus der Sicht des Presbyteriums fruchtlos, und Pfarrer Pabst gab daraufhin bekannt, daß nun eine kirchliche Instanz die Streitfragen klären sollte. Damit blieb man auch weiterhin konsequent und ließ sich nicht von der eigenen Linie abbringen, auch wenn nun befürchtet werden mußte, durch örtliche oder überörtliche Parteigruppen bedrängt zu werden.

Evangelische Kirche in Brake

Am 3. 3. 1935 fand eine größere Presbyteriumssitzung statt. Pfarrer Pabst gab bekannt, daß Presbyter Baseler sein Amt niedergelegt habe. Möglicherweise übten Partei oder K reissynodal vor stand Druck aus, was aber nur Vermutung bleiben kann. In dieser Versammlung wurde auch die Frauenhilfe der BK unterstellt, und man erkannte damals einzig die BK-Leitung an, die in Soest ansässig war. Der noch andauernde Streit mit Herrn Meyer hatte sich noch immer nicht geklärt. Daraufhin gab ihm das Presbyterium in jener Sitzung eine Frist, bis zu der er seine Äußerungen widerrufen sollte. Bei Nichtbeachtung drohte das Presbyterium damit, ihm das kirchliche Wahlrecht zu entziehen und als härteste Maßnahme ihn von der Abendmahlsgesellschaft auszuschließen. Dann trat dieser Konflikt vorerst in den Hintergrund, weil sich in derselben Sitzung ein neuer, ebenfalls vorher nicht erwähnter Konflikt auftat. Man richtete nämlich ein Schreiben an den NS-Abgeordneten Rust, in dem sich Pfarrer Pabst gegen Äußerungen dieser Person wehrte. Rust habe gesagt, all denjenigen Mitgliedern der Evangelischen Kirche, die sich nicht hinter den Reichsbischof Müller stellten, sei staatsfeindliche Gesinnung vorzuwerfen und nationalsozialistische Treue abzusprechen. Rust hätte noch gesagt: "Solche Leute gehören ins Zuchthaus."

Jetzt hätte man eigentlich erwarten dürfen, daß der Konflikt in eine neue Ebene eintreten und die Situation sich verschärfen würde. Doch es blieb bei einer Drohung, Anzeige zu erstatten, falls Rust seine Äußerungen nicht widerrufen würde.

In dieser Sitzung hatten die Streitigkeiten im örtlichen Kirchenkampf ihren Höhepunkt erreicht. Im Presbyterium und mit der örtlichen NSDAP entwickelten sich die Konflikte, die vom Presbyterium mit seinem Pfarrer an der Spitze mit strikten Maßnahmen beantwortet wurden. Es wurde keine Loyalität gegenüber örtlichen Gegnern betrieben sondern aktiver Widerstand.

Den Schlußpunkt in der Auseinandersetzung mit Meyer, der wie Baseler aus der Evangelischen Kirche austrat, war der Entzug des kirchlichen Wahlrechtes sowie der Ausschluß von der Abendmahlsgesellschaft in der Presbyteriumssitzung vom 25. März 1935. In den folgenden Protokollen gibt es keine Anzeichen für weitere Streitigkeiten.

Ohne jegliche Ankündigung über einen Wechsel an einen anderen Ort nimmt Pfarrer Pabst am 8. Dezember 1935 zum letzten Male an einer Presbyteriumssitzung teil. Im Brakeier Anzeiger heißt es am 18. 3. 1936 lapidar: "Einführung des neuen Pfarrers, Herrn PfarrVerweser von Stockum". Schon am 18. 12. 1936 wurde ein neuer Pfarrer, Herr Albers, nach Brakel und Pfarrer von Stockum an den früheren Wirkungsort von Pfarrer Albers versetzt. 1938 kommt mit Herrn Gericke ein Pfarrer, der bis 1947 die Gemeinde leitet.

6. Die öffentliche Reaktion in Brakel

Die öffentliche Reaktion kann nur aus der damals in Brakel erscheinenden Heimatzeitung, dem "Brakeier Anzeiger" herausgelesen werden, da Gemeindebriefe o.a. nicht verfügbar sind.

Im überregionalen Teil wurde im Rahmen der "großen Politik" häufig über kirchliche Themen berichtet. Die Beiträge setzten sich oft mit Themen wie "Kirche, Staat und Volk" auseinander, richteten Aufrufe wie etwa "Deutscher Evangelischer Christ" an die Leserschaft oder berichteten über die Kirchenwahlen in ganz Deutschland. Diese Artikel hatten gemeinsam, daß sie stets im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber geschrieben waren und die "Deutschen Christen" positiv bewerteten, dagegen aber abwertend über die "Bekennende Kirche" berichteten. Demgegenüber fanden sich im Heimatteil des Blattes Berichte über die evangelische und katholische Gemeinde in Brakel. Die Gottesdienstordnungen wurden im "Kirchenkalender Brakel" zusammengefaßt. Lediglich außergewöhnliche Nachrichten aus dem Gemeindeleben, so z.B. die Einführung des Pfarrers Pabst in Brakel, wurden in der Zusammenfassung der regionalen Ereignisse zumeist in einer kurzen Notiz abgedruckt.

So findet sich in der Ausgabe vom 19. 7. 1933 ein kurzer Hinweis auf die Bekanntmachung der evangelischen Gemeinde. In dieser wird noch einmal auf die Kirchenwahlen am 23. 7. hingewiesen und gebeten, man möge sich - falls noch nicht geschehen - in die kirchlichen Wählerlisten eintragen lassen, um an der Wahl teilnehmen zu können.

Während im überregionalen Teil von den Siegen der Deutschen Christen berichtet wird, findet man am 4. 8. 1934 lediglich eine kurze Notiz, daß der Gottesdienst

um eine halbe Stunde auf 10 Uhr verschoben wurde und daß im Anschluß die neuen Presbyter in ihr Amt eingeführt wurden.

In der Ausgabe vom 17. 11. 1933 findet man noch eine kurze Notiz, wonach der für die evangelische Gemeinde in Aussicht genommene Geistliche eine Gastpredigt halten werde.

Im Kirchenkalender Brakel wird am 5. 1. 1934 darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollekte des Gottesdienstes für die "Rheinische Missionsgesellschaft in Barmen" bestimmt sei. Dieses ist die erste öffentliche Andeutung der Richtung, die man eingeschlagen hatte, obwohl erst eine Woche später im Kirchenkalender bekanntgegeben wird, daß am 21. 1. 1934 die Einführung des neugewählten Pfarrers Pabst in die Gemeinde stattfinden würde.

Die "Nethegau- und Weserzeitung" berichtet am Montag, dem 22. 1. 1934, ungewohnt ausführlich über die Amtseinführung in der Brakeier evangelischen Gemeinde. Inhaltlich werden hier hauptsächlich die aus der regionalen Politik und Kirche bekannten Gäste aufgezählt, und es wird kurz von der Feier im Anschluß an den Gottesdienst in der Stadthalle berichtet. Abschließend wird auf die folgenden Ausgaben verwiesen, worin man in einem gesonderten Artikel auf das Ereignis zurückkommen werde.

Dies geschieht mit einem zweiteiligen Bericht in den Ausgaben vom 26. 1. und 29. 1. 1934. Der Artikel "In aeternum" - zur Amtseinführung des Herrn Pfarrers Pabst in die evangelische Gemeinde in Brakel - nimmt jeweils einen Großteil der Seite der regionalen Ereignisse ein. Erneut nennt die Zeitung die anwesenden Gäste, unter ihnen der Bürgermeister von Brakel, Müller, sowie der Superintendent Nobbe aus Höxter, der die Einführung vornimmt: "...Darum muß das Evangelium Gottes hinein ins Volk, in die Herzen und Seelen, daß wir stark werden auch in schweren Stunden, zum Segen des Menschen wie auch zum Segen unseres geliebten deutschen Volkes..." Dies ist eine Kernaussage der vom Heimatblatt zusammengefaßten Rede. Aus diesen Worten läßt sich bereits erkennen, daß der Superintendent damals mit der NS-Regierung sympathisierte, was später in seiner Rede während der Feierlichkeiten in der Stadthalle vor der evangelischen Gemeinde noch besonders deutlich wird. Dagegen schreibt die Zeitung über Pfarrer Pabst, daß er in der "von ihm schon

gewohnten eindrucksvollen Form ... über seine Sendung nach der Vorsehung Gottes" predigte. Aus der Rede des Superintendenten Nobbe während der Feier druckt die Zeitung: "... In einer Stunde wie der gegenwärtigen müssen wir dankbar sein, daß wir in einem Staate leben, der alles Christliche ehrt und achtet, das Christentum zu neuem Leben aufruft und es schützen wird. ... Wir wissen, daß der Führer unseres Volkes ein Mann ist, der die Kraft zu seiner Riesenaufgabe aus jener Quelle schöpft, die wir bejahen ..."

Diese Rede nimmt erneut einen großen Teil ein wie auch der Rückblick von Pfarrer Berthold auf seine Tätigkeit. Der Leser erfährt aber nichts über den neuen Pfarrer. Man hätte zumindest einen kurzen Lebenslauf oder etwas über seine vorherige Tätigkeit in Kattenvenne erwarten können.

Im zweiten Teil des Berichtes werden kurz die Ansprachen der übrigen Gäste zusammengefaßt, ehe die Rede von Pfarrer Pabst nun ausführlich abgedruckt wird. Es heißt dort: "... Die Kirche ist heute ... vom Volk, vom Staat zum Dienst aufgerufen. Man weiß wieder, daß die Gesundung eines Volkes nur geschehen kann, wo heilige Verantwortung vor Gott lebendig ist. Wir freuen uns dieser Neubesinnung und werden freudig in unserem Volk den Dienst tun, den man erwartet. Aber die Kirche kann diesen von ihr geforderten Dienst nur recht ausrichten, wenn sie allein dem gehorcht, der ihr Herr ist; wenn sie ihre Arbeit nicht von außerkirchlichen Instanzen bestimmen läßt..." Man kann hieran schon absehen, welchen Weg er einschlägt. Dieser Teil ist gewissermaßen eine Vorschau auf seine Arbeit in der Gemeinde. Im Anschluß an seine Rede folgt ein Dank an alle Anwesenden.

Nach diesen ausführlichen Berichten ist in der Folgezeit der Kirchenkalender die einzige Quelle, aus der der Leser öffentlich aus der Gemeinde erfahren kann. So findet sich im Kirchenkalender vom 17. 10. 1934 ein Hinweis auf den am Donnerstag, dem 25. 10. 1934, stattfindenden Bittgottesdienst, in dem ein Bekenntnisakt der Gemeinde erfolgen sollte, der aber nicht näher erläutert wird. Die Zeitung geht weder direkt noch indirekt darauf ein, so daß ein außenstehender Leser nicht erfährt, worum es in diesem Gottesdienst geht. Der für die evangelische Gemeinde in Brakel äußerst wichtige Vorgang wird

auch in der Folgezeit ignoriert. Durch die Veröffentlichung im Kirchenkalender kann man den Kurs, den die Gemeinde unter Pfarrer Pabst eingeschlagen hat, nur herauslesen, wenn die näheren Verhältnisse genauer bekannt sind. Ansonsten finden sich nicht die geringsten Nachrichten über die ausgebrochenen Streitigkeiten. Möglicherweise wollte das Blatt die Vorgänge nicht dadurch aufwerten, daß über sie noch ausführlich berichtet wurde. Auch ist die Annahme, daß die Redaktion massiv "mauern" wollte, durchaus realistisch.

In der Ausgabe vom 7. 11. 1934 wird auf den Gottesdienst hingewiesen, der zum Gedächtnis für "die Gefallenen des Weltkrieges und des Dritten Reiches" gehalten wurde. Diese Nachricht findet sich wiederum im Kirchenkalender und ist ausgesprochen ungewöhnlich, da sowohl Pfarrer als auch Presbyterium Repressalien zu befürchten hatten. Diese Veröffentlichung im Kirchenkalender läßt aber - obwohl die Gemeinde wiederum in keinem Bericht, auch nicht von der örtlichen NSDAP angegriffen wurde - Rückschlüsse auf die Zeitung zu, da man sich auch hätte weigern können, so etwas abzudrucken.

Im Kirchenkalender vom 25. 11. 1934 wird auf den Gottesdienst hingewiesen, dessen Kollekte für die "Bekennnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche" gesammelt wurde. Für den Außenstehenden dürfte nun deutlich werden, daß sich die Brakeier Gemeinde dieser Synode zugehörig fühlte.

Es wurde aber auch das staatliche Winterhilfswerk (WHW) unterstützt, so zum Beispiel am 1. 1. 1935, als die Kollekte des Gottesdienstes für das Hilfs-werk bestimmt war, oder in einem Dankgottesdienst aufgrund der Saar-Abstimmung am 18. 1. 1935.

Am 18. 3. 1936 findet sich im Heimatteil eine kurze Notiz, wonach der Pfarrverweser von Stockum in Brakel in sein Amt eingeführt wurde. Interessanterweise ist dies die einzige Nachricht über den Wechsel in der evangelischen Gemeinde, denn es wird - wie bei der Einführung von Pfarrer Pabst - mit keinem weiteren Bericht weder der alte Pfarrer gewürdigt noch der neue Pfarrer eingeführt. Aus dieser Tatsache läßt sich erkennen, daß die Zeitung über die evangelische Gemeinde nur noch das Außergewöhnlichste berichtet, sie aber sonst nicht "beachtet".

Pfarrer Pabst nach seinem Abschied von Brakel
mit Konfitmanden in Schwarzenau

In derselben Weise wird am 18. 12. 1936 berichtet, daß von Stockum die Brakeier Gemeinde wieder verlassen hat und nun Pfarrer Albers die Gemeinde leitet.

Die Linie, die die Zeitung nun einschlug, ist klar erkennbar. Die weiteren Ausgaben wurden nicht mehr für die öffentliche Reaktion herangezogen.

7. Abschließende Wertung

Die evangelische Kirchengemeinde in Brakel hat im Kirchenkampf zu Beginn der dreißiger Jahre eine Stellung bezogen, die durchaus nicht als typisch für viele evangelische Gemeinden angesehen werden kann; vielmehr muß man ihre Handlungsweise und ihr Vorgehen in kirchlichen Fragen klar in den Rahmen der Bekenntnissynode Barmens stellen. Die Frage nach dem neuen Pfarrer, die sich Ende 1933 für das kurz vorher gewählte Presbyterium stellte, war gleichzeitig auch eine Frage nach dem Kurs, der eingeschlagen werden sollte, da sich bereits der Kirchenkampf mit seinen beiden Lagern abzuzeichnen begann. Sie sollte für die kleine Gemeinde von überaus großer Bedeutung sein. Diese Frage mußte auch eine Glaubensfrage für das Presbyterium sein. So wurde für die Pfarrstelle in Brakel ein Pfarrer ausgewählt, der - das dürfte dem Presbyterium mit Sicherheit nicht verborgen geblieben sein - von den Deutschen Christen aus seiner vorherigen Stelle "entfernt" worden und klarer Verfechter der Bekennenden Kirche war. Pabst war Initiator des Tecklenburger Bekenntnisses, er hatte sich also schon sehr früh mit kirchenpolitischen Fragen auseinandergesetzt.

Das Presbyterium gab also den Anstoß, daß sich die Gemeinde der Barmer Synode zuwandte und nicht den Deutschen Christen. Diese Entscheidung, die der vorher unpolitischen Gemeinde unvermittelt die kirchenpolitischen Fragen nahebrachte, ist zu diesem Zeitpunkt als mutig zu bezeichnen. Da sich abzeichnete, daß die Nationalsozialisten in Deutschland noch viele Jahre an der Macht bleiben würden, mußte durchaus damit gerechnet werden, von ansässigen NS-Angehörigen denunziert zu werden.

Aber auch die Gemeinde stand hinter dem Presbyterium und seiner kirchenpolitischen Richtung; denn nicht mehr als 5 % der Gemeindemitglieder - das waren damals ca. 20 Personen - wechselten zu den Deutschen Christen über. So stand also die Gemeinde fast geschlossen hinter Presbyterium und Pfarrer.

Pfarrer Pabst um 1965

Pfarrer Pabst war ein aufmerksamer Zeitzeuge und Beobachter der kirchlichen Entwicklung und erkannte sehr wohl die für die evangelischen Christen in Deutschland heraufziehende Gefahr, die mit einer Angliederung der evangelischen Gemeinden unter den Deutschen Christen verbunden sein konnte. Der couragierte Pfarrer war in der Brakeier Gemeinde der eigentliche "Motor", ohne den die Entwicklung wahrscheinlich anders verlaufen wäre, und wirkte entscheidend und intensiv auf die evangelische Gemeinde ein.

Das Presbyterium unterstützte ihn in seinen Bestrebungen, wie sich deutlich aus den Presbyteriums-Protokollen herauskristallisiert. Innerhalb des Presbyteriums, dessen Vorsitzender Pabst war, wurde auch die Erklärung ausgearbeitet, die das Bekenntnis zu Barmen und zur Bekennenden Kirche eindeutig festlegte.

Diese Erklärung wurde für die kleine Gemeinde von großer Wichtigkeit. Inhaltlich erläuterte sie das evangelische Selbstverständnis und stellte dieses dann in den auBerkirchlichen Zusammenhang. Es setzte sich aus den folgenden Kernaussagen zusammen: 1. Das Verständnis des evangelischen Glaubens durch das Brakeier Presbyterium, 2. Die Trennung von Kirche und Staat, soweit letzterer die Kirche für seine Zwecke mißbraucht, 3. Ein eindeutiges Zeugnis gegen den Nationalsozialismus. Ähnliche Parallelen sind auch im Tecklenburger Bekenntnis zu erkennen, das durchaus hier Vorbild war.

Da diese Erklärung eine eindeutige Abfuhr für die Nationalsozialisten war, erhält sie nicht nur eine kirchliche sondern auch noch eine politische Dimension, da sich hier das Presbyterium und die Gemeinde gegen die Regierenden wandten. Aufgrund der Tatsache, daß diese Erklärung in der örtlichen Presse keine Erwähnung fand und auch eine öffentliche Reaktion der örtlichen NSDAP nicht stattfand, kann man mit einiger Berechtigung annehmen, daß der Konflikt, der sich entwickelte, besonders "hinter den Kulissen" entbrannt sein mußte.

Die Richtung der evangelischen Gemeinde konnte von der örtlichen Partei nicht unbemerkt geblieben sein, da der Presbyter Baseler als Mitglied der NSDAP deren Standpunkt innerhalb des Presbyteriums durchzusetzen versuchte und damit in einen Konflikt mit den übrigen Gemeindevertretern und dem Pfarrer geriet, was durch seine von den anderen als "falsch angesehene

Auszug aus "Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945"

von Friedrich Wilhelm Bauks, 1980, Luther-Verlag Bielefeld

440 Berthold, Johann Bernhard Ludwig *Heinrich*

* 12. 9. 1863 Gießen (Eisenbahnbremsler, später -Packmeister Gustav B u Amalie Woltmann), Gy Minden, Abi O 83, stud Halle (1½), Berlin (2). Ex Mü H 86 u H 88, Lr Missionsanstalt Brecklum 20. 10. 86, Hpr Bielefeld Altstadt 1. 4. 88 (-1. 10. 88), SynVik Minden 1. 10. 89, ord 4. 11. 89 Bergkirchen, Pf Brakel eingf 2. 1. 92, iR 30. 9. 33, † 14. 7. 51 Höxter.
 Ⓞ 2. 5. 95 Luise Büttner (Gutspächter in ...)
 67-28.

4652 Pabst, *Karl* Arthur

* 16. 12. 1902 Essen-Borbeck (StR Dr ...), Gy Essen-Borbeck, Abi O 21, stud Tübingen (1½), Leipzig (1), Münster (1½), Ex Mü H 26 u H 28, Insp Soest Gy-Alumnat 1. 10. 26, PredSem Soest 1. 4. 27 - 31. 3. 28, SynVik Hagen 16. 11. 28, ord 2. 2. 29 Ende, Pf Kattenvenne eingf 8. 9. 29, 1. 34 vom DC-Kirchenregiment amtsentsetzt, Pf Brakel eingf 31. 1. 34, Pfw Schwarzenau 6. 1. 36, Pf dort eingf 13. 7. 37, Wülfrath/Rhld 28. 10. 51, iR 59, Krankenhausgeistl Düsseldorf eingf 29. 4. 62, iR 31. 12. 67, † 24. 8. 70 Bethel.
 Ⓞ 20. 8. 30 Käthe Seidenstücker (5811) * 05.
Verf: Volkskirche u Freikirche. Eine theol Besinnung über Wesen u Form ev Kirche als Beitrag zum Neubau der Kirche, Gütersloh 1933.

6142 von Stockum (bis 1929: van S), *Herbert* Walther

* 10. 2. 1905 Duisburg-Marxloh (Kaufmann Heinrich v S u Alice Gries), Gy Hamborn, Abi O 25, stud jur (2), ab O 28 theol Bonn (2), Münster (2½). Ex Mü H 33 u H 35, LVik Stiepel, Bochum, Firinghausen, Bismarck 1. 5. 34 - 15. 5. 35, Hpr Brackel 1. 11. 35, ord 18. 3. 36 dort, Plettenberg 1. 12. 36, beurlaubt 1. 7. 37, Hpr Eickel 21. 7. 38, 1. Pf dort eingf 16. 10. 38, iR 31. 7. 71.
 Ⓞ 23. 10. 41 Else Hiby (Fabrikant in Plettenberg).

6143 Stöcker (Stöcken), *Johann*

Pf Ferndorf 1534 (-55).

52 Albers, Friedrich (*Fritz*) Viktor

* 20. 8. 1908 Herne (50), Gy ..., stud Bethel, Münster, Tübingen u Greifswald, Ex Mü O 32 u O 34, LVik Emsdetten 1. 5. - 31. 10. 32, PredSem Soest 4. 11. 32 - 31. 10. 33, Hpr Weslarn 6. 7. (- 15. 8.) 33, Plettenberg 1. 5. 34, ord ..., Winterberg 1. 5. 35, Plettenberg 17. 5. 35, Brakel 1. 12. 36, Pf Beuchte/Braunsch 15. 1. 38, Lutter/Braunsch 53, ...
 Ⓞ Plettenberg 15. 3. 38 Emma Elisabeth Metz (Lr dort) * 13.

1911 Gericke, *Hermann* Otto

* 21. 9. 1898 Nainggolan/Sumatra (1910), Gy Soest, Abi H 19, Kriegsd 7. 6. 17 - 11. 1. 19, stud Halle (2½), Münster (1½), Ex Mü O 23 u O 25, LVik Soest 1. 5. 23 - 30. 4. 24, Hpr Heeßen 1. 5. 25, ord 13. 9. 25 dort, SynVik Hamm 1. 11. 25, Hpr Scherlebeck (in Langenbochum) 1. 11. 27, Pf Langewiese eingf 21. 12. 30, Brakel Kk Paderborn eingf 6. 6. 38, iR 30. 9. 47, † 13. 3. 79 Tübingen.
 Ⓞ 21. 2. 28 Anna Luise Zernott 01-62.

Position" quasi schon vorprogrammiert war. Pfarrer Pabst zeigte sich in diesem Streitfall einmal mehr konsequent und war zu keinerlei Zugeständnissen bereit. Er vertrat kompromißlos seinen Standpunkt, so daß der Betroffene schließlich aus seiner Funktion und der Kirche austrat, da er dem Gremium nicht gewachsen war. Durch diese Handlung wird erneut deutlich, daß Pfarrer Pabst als derjenige angesehen werden kann, der die Gemeinde führte und als eigentlicher Initiator die Fäden in der Hand behielt.

Erstaunlicherweise haben sich die Deutschen Christen selbst nicht in oder zu Brakei geäußert, auch nicht kritisierend. Während in anderen Orten Kirchenbesetzungen, DC-Veranstaltungen und anderes durchaus an der Tagesordnung waren, ist ähnliches in der Brakeier Gemeinde nicht passiert. Bei eventuellen Vorkommnissen hätte auch das Brakeier Lokalblatt mit Sicherheit darüber berichtet. Aus den Presbyteriums-Protokollen kann man aber ersehen, daß weder Störungen der Gottesdienste noch andere DC-Veranstaltungen stattgefunden haben. Das mag auch daran gelegen haben, daß die Brakeier Provinz für die Deutschen Christen nicht attraktiv genug war - im Gegensatz zu anderen Gebieten. Selbst die Tatsache einer Erklärung rief keine Gegenreaktion öffentlicher Art hervor.

Die plötzliche Versetzung des Pfarrers ist wohl darauf zurückzuführen, daß sich die hiesige NSDAP an "höherer" Stelle dafür eingesetzt hat. Eine noch lebende Zeitzeugin bestätigte diese Vermutung.

Das Verhältnis zu den örtlichen jüdischen Einwohnern konnte quellenmäßig überhaupt nicht erschlossen werden. Nach Angaben einer Zeitzeugin war das Verhältnis aber in dem Sinne "normal", daß man nebeneinander lebte und sich nichts "tat". Man lebte miteinander, Berührungspunkte werden sich sicherlich ergeben haben, konnten aber nicht ermittelt werden.

Es bleibt festzuhalten: Ohne Pfarrer Pabst erscheint es fraglich, ob sich das Presbyterium so eindeutig zur kirchlichen Lage geäußert hätte. Er brachte relativ früh Gemeinde und Presbyterium zur Bekennenden Kirche. Die Tatsache, daß eine schriftliche Erklärung verfaßt wurde, ist besonderes hervorzuheben und verdient Beachtung. Im Gegensatz zum Barmer oder Tecklenburger Bekenntnis erhielt diese Erklärung keine überregionale Bedeutung.

Auszüge aus den Protokollen des Presbyteriums
(Faksimile):

Brakel, den 24. Oktober 1934.
Zu der heutigen Sitzung des Presbyteriums war von der
Mitgliederliste erschienen. Unbefähigungsbefugigt befugigt der
Presbyterium einflußlos der Präsenz sind 5 Mitglieder
des Presbyterium ist also befähigungsbefugigt, da alle Mitglieder
vonwesend sind.
Die Sitzung wird mit Gebet eröffnet.
Das Presbyterium hat einstimmig beschlossen:

1. Das Protokollm. gibt folgende Erklärung ab:
Im gewissen Gebirge der unsrer Gläubiger, unsrer, Aent
• sorgfältig und kann, dem blöde Gottel, den Vortümern
der Kirche und der Gemeinde gemäß zu messen
und gerechtfertigt darauf zu stehen, daß alles ordent-
lich und pflicht in der Gemeinde zugehört und in dem
Bewußtsein unsrer Verantwortung vor dem Herrn
der Kirche bekennen wir vor dieser Gemeinde:

Die dreizehnte „Reichskirchensynodalversammlung“ unter Leitung
des hiesigen Müllers und Jürgens hat den Bescheid des h.
Raths und der Bekantmachung unsrer Blätter im
Kirchen verlassen;

dem sie duldet die Fälschung und Fälschung der
biblischen Schrift;

sie verachtet eine deutsche Nationalkirche unter
Aufsicht der Bekantmachung;

sie verachtet das kirchliche Recht in unerschütterlicher Weise
und verwendet im Namen der Kirche die weltlichen
Mittel der Gewalt und Macht unchristlich zu;
sie handelt gegen das Recht und gegen die Pflichten
gegen das Gebot christlicher Liebe.

Gegenüber gegen diese „Reichskirchensynodalversammlung“ sowie
Kongregation gegen Christen, den alleinigen Herrn der
Kirche.

Deshalb können wir diese Kirchengemeinschaft nicht
als kirchliche Leitung anerkennen;

wielmehr unterstellen wir uns der Leitung der
(deutschen evangelischen) Bekantmachungsstelle der
deutschen evangelischen Kirche und stehen mit
ihre einer deutschen evangelischen Kirche, gegründet
auf Gottes Wort nach den Bekantmachungen der
Reformation, da Jesus Christus der alleinige Herr
und Meister der Kirche ist.

Die Gemeinde vertritt wir auf, mit uns
in gleicher Weise und Bekantmachung zu sprechen.

zustehen. Wir versprechen mit dem Apostel Paulus:
„Ich aber bleibe in dem, das ich gelernt habe und die
Vertrauen ist, so oftmal ich weicht, was wenn ich
gelernt habe (2. Tim. 3, 11). Darum: „Kraft, steht im
Glauben, seid männlich und seid stark.“ (1. Cor. 16, 13).
„Denn wir sind gewiß:“ Der Gott alles Gnade, der
uns bewahren hat zu seiner ewigen Freundschaft in
Christe Jesus, deshalb wird sich, die ich eine kleine
Zeit leidet, allbewaiten, stöcken, kräftigen, gründen.
Deshalb sei ihr und Macht von Freundschaft zu
Freundschaft. Amen.“ (1. Pet. 5, 10)

2. Diese Erklärung wird am Donnerstag Abend im
Lichtgottesdienst und am Sonntag, den 28. Oktober im
Gottesdienst vom Hospitandean der Protokollm. unter
Aufsicht der Protokollm. vom Altar aus der Gemeinde
bekannt gegeben, und die Gemeinde wird aufgefordert,
dieses Schreiben nach den Pflichten ihrer Verantwortung mit
dieser Erklärung kundzugeben.

Die Sitzung wurde mit Gebet geschlossen.

U. v. u.

Habt, Hr. Brandt, 14 Herrn Mellemans,
Peters.

Ort, den 25. Oktober 1934.

In einer Besprechung mit den Herren Brandt, Klotzmann und
Callmann, wurde beschlossen, hies. Beschl. d. Protokollm. vom 24. 10. 34,
Punkt 2 darauf zu verzichten, die Gemeinde aufzufordern,
dieses Schreiben nach den Pflichten ihrer Verantwortung zu dem Beschl.
Ausschick zu geben. Herr Brandt, der vorweist, was, themen-
verantwortlich dieser Erklärung zu.

U. v. u.
Habt, Hr. Brandt, 14 Herrn Mellemans.

Auszug aus "Vergessene Bekenntnisse des Jahres 1933",
herausgegeben von Karl Heinz Potthast, 1984,
Druck: Robert Bechauf, Bielefeld

2. Das Tecklenburger Bekenntnis

Neue Kirche im neuen Staat, Gütersloh, Verlag C. Bertelsmann 1933, S. 9 - 38. August 1933. Hauptverfasser: P. Pabst, jetzt Brakel, Krs. Höxter. Unterzeichner: die Pastoren Brandes-Lengerich, Pabst-Kattenvenne, Rübesam-Lengerich, Schmitz-Ladbergen, Smend-Lienen, Thiemann-Tecklenburg, Wilkens-Lienen. Das Bekenntnis ist als Antrag der Kreissynode Tecklenburg der westfälischen Provinzialsynode vorgelegt, um diese vor die Bekenntnisfrage zu stellen.

Von den Grenzen des Staats und der Kirche.

10. So unlösbar beide Größen im gleichen Raum der Geschichte miteinander verbunden sind, so völlig sind sie in den ihnen gesetzten Grenzen wesensgemäß voneinander getrennt.

Der Herrschaftsraum Jesu ist nicht der Staat als Machtordnung.
Und der Herrschaftsraum des Staates ist nicht die Kirche in ihrer Wesensordnung (oder: als der Leib Christi).

11. Der heutige Staat sucht die Grenze der Kirche sich gegenüber dadurch zu bestimmen, daß er fordert:
Die Kirche muß sich aus der Politik heraushalten!

12. Dementsprechend hätte die Kirche die Begrenzung des Staates mit dem Satz zu fordern:
Der Staat muß sich aus der Kirche heraushalten! Und sie tat dies eben jetzt, als der Staat dieser Forderung nicht Folge gab; sie kämpft gegen ihre Verpolitisierung.

13. Warum aber trägt derselbe Staat, der die Kirche aus der Politik herauswünscht, mit großem Einsatz die Politik in die Kirche? Die Frage macht eins klar:

Durch die äußere Scheidung der beiden Größen sind ihre Grenzen noch nicht richtig bestimmt.

14. Denn der Staat wünscht sich eben nicht aus der Kirche herauszuhalten. Er wünscht auch nicht, daß die Kirche sich aus der Politik heraushält. Er wünscht nur *die* Kirche heraus, die nicht seine Politik macht. *Die* Kirche aber, die ihn politisch stärkt, die wünscht er so stark wie möglich hinein in seine Politik. Für die nimmt er Partei („Deutsche Christen“).

15. Nun muß allerdings dementsprechend auch die Kirche wünschen, daß *die* politischen Mächte sich aus ihr fernhalten, die nicht dem Wesen der Kirche gemäß an deren Aufbau mitwirken wollen. *Der* Staat aber, der die Kirche nicht nur nach seinen Bedürfnissen „schützen“ will, sondern sie ihrem Wesen gemäß fördert, kann ihr nur willkommen sein.

16. Daraus folgt: die Grenzen des Staates und der Kirche sind nicht einfach von außen her, nicht nur durch einen Machtspruch des Staates bestimmbar. Dementsprechend sind auch Verletzungen dieser Grenzen nicht so einfach konstatierbar wie etwa Verletzungen der Staatsgrenzen durch den polnischen Nachbarn.

17. Vielmehr: die Grenzbestimmung zwischen Staat und Kirche kann nur vom Wesen der Kirche her gewonnen werden;
das heißt: von ihrem Bekenntnis her; und das heißt: von dem her, den sie bekennt, dem Herrn nicht nur der Kirche, sondern auch des Staates.

18. Der gottlose Staat weiß nichts von seiner Begrenzung durch Kirche, durch Gott. Unser Staat aber beansprucht mit Ernst, die Grenze zu kennen und bestimmen zu können. Er kann das nur in der Überzeugung meinen, daß er wesensgemäß Kirche kenne, „der Vorsehung“ gehorche, im Namen „der Allmacht“ handle.

19. Die Kirche aber muß fragen, ob solche Grenzbestimmung des Staates dem Wesen der Kirche wirklich entspreche.

Gott setzt die Grenzen. Nur da können die Grenzen wirklich erkannt werden, wo der Wille Gottes offenbar wird. Was der Wille Gottes sei, sagt die bekennende Kirche, sofern sie in Vollmacht spricht.

20. Es könnte sein, daß die Grenzbestimmung des Staates bereits Grenzüberschreitung wäre.

21. Am Bekenntnis der Kirche stößt der Staat auf seine Grenze. Hier entscheidet es sich, was die Kirche dem Staat zu geben hat, weil es des Staates ist, und Gott, weil es Gottes ist.

22. Entwickelt auch der Staat ein „Bekenntnis“, einen Glauben, eine „Weltanschauung“, so kann die Grenze zwischen beiden Größen nicht in stillem Frieden liegen, wenn es eine Weltanschauung ist, die Kirche will.

23. Es fragt sich also:
Was ist es für ein Staat, der „die“ Kirche will?
Und was ist es für eine Kirche, die er will?

Text der Theologischen Erklärung von Barmen 1934

zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche
vom 31. Mai 1934 (Barmer Theologische Erklärung)

I. „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich.“
(Joh. 14, 6.)

„Wahrlich, wahrlich ich sage euch: Wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb ein Mörder. Ich bin die Tür; so jemand durch mich hineingeht, der wird selig werden.“ (Joh. 10, 1.9.)

Jesus Christus, wie er uns in der heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.

II. „Jesus Christus ist uns gemacht von Gott zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung.“
(1. Kor. 1, 30.)

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt, zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.

III. „Lasset uns aber rechtschaffen sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken an dem, der das Haupt ist, Christus, von welchem aus der ganze Leib zusammengefügt ist.“
(Eph. 4, 5.-16.)

Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugung überlassen.

IV. „Ihr wisset, daß die weltlichen Fürsten herrschen und die Oberherren haben Gewalt. So soll es nicht sein unter euch; sondern so jemand will unter euch gewaltig sein, der sei euer Diener.“
(Matth. 20, 25.-26.)

Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben oder geben lassen.

V. „Fürchtet Gott, ehret den König!“
(1. Petr. 2, 17.)

Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnungen an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.

VI. „Siehe, ich bin bei euch alle Tage, bis an der Welt Ende.“ (Matth. 28, 20.)
„Gottes Wort ist nicht gebunden.“ (2. Tim. 2, 9.)

Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.

Nachwort

Zwei Fragen sind in der Schülerarbeit von Hans-Jürgen Borchert und Bernd Zymner als "Vermutungen" beantwortet worden und damit offengeblieben:

Hatten die Versetzungen von Kattenvenne nach Brakel und anschließend von Brakel nach Schwarzenau einen politischen Hintergrund?

Kann in der Brakeier Erklärung vom 24. 10. 1934 auch ein Dokument des politischen Widerstandes gesehen werden?

Der Herausgeber ist bei der Gestaltung des Rahmens rund um die Schülerarbeit der konkreten Beantwortung dieser beiden Fragen nachgegangen.

Dank der freundlichen Unterstützung durch Herrn Hermann Pabst - ein Sohn von Pfarrer Pabst - kann die erste Frage eindeutig beantwortet werden. Sowohl der Verlust der Pfarrstelle in Kattenvenne als auch die Versetzung von Brakel weg waren politisch bedingt:

Unter dem Datum des 9. Dezember 1933 schrieb das Evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Westfalen an die NSDAP-Gauleitung Westfalen Nord in Münster, daß man den Schlußfolgerungen eines Kriminal-Assistenten nicht folgen könne, der festgestellt habe, daß eine Rückkehr des Pfarrers Pabst nach Kattenvenne zur Unmöglichkeit geworden sei. Anschließend verwies man darauf, daß die Angelegenheit nicht weiterverfolgt zu werden brauche, da Pfarrer Pabst sowieso in eine andere Gemeinde gewählt worden sei.

Noch klarer war das am 18. April 1935 durch die Staatspolizei Bielefeld an Pfarrer Pabst in Brakel, wohnhaft Adolf Hitlerstraße (!) ausgesprochene Redeverbot "als Redner in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen jeglicher Art, einschließlich Bibelstunden, im Bereich der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Minden". Im Nachgang schrieb dann wiederum das Evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Westfalen unter dem 10. Dezember 1935 an die

Staatspolizeistelle in Bielefeld, daß man sich in einer Art Gegenleistung bei Niederschlagung des gegen Pfarrer Pabst schwebenden Verfahrens verpflichtete, Herrn Pfarrer Pabst binnen vier Wochen in eine andere Pfarrstelle zu versetzen.

Schwieriger ist die Beantwortung der Frage, ob in der Brakeier Erklärung vom 24. 10. 1934 auch ein Dokument des politischen Widerstandes gesehen werden kann. Der Herausgeber verweist in diesem Zusammenhang die interessierten Leser auf die brillante Veröffentlichung von Ernstheinrich Meyer-Stiens zum Thema "Hat die Kirche im Dritten Reich versagt?" in der Veröffentlichung "Dann werden die Steine schreien - 50 Jahre Theologische Erklärung Barmen Kirchenkampf im Dritten Reich", Verlag Kirche und Mann.

Die von Ernst Heinrich Meyer-Stiens gewählten Kapitelüberschriften weisen für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage den richtigen Weg. Das erste Kapitel trägt den Titel "Kirchliche Opposition - ein Widerstand wider Willen". Die Überschrift des zweiten Kapitels lautet "Kirchliche Opposition - ein Kampf um die Kirche und den Menschen". Die Überschrift des dritten Kapitels lautet "Kirchliche Opposition - ein Prozeß der Selbstkritik".

Ernstheinrich Meyer-Stiens kommt zu dem Ergebnis, daß die kirchliche Opposition im Dritten Reich im direkten und engeren politischen Sinne nicht als Widerstandsbewegung angesehen werden könne. "Verschwörer" wie der Bonhoeffer oder der Jesuitenpater Alfred Delp, die sich aktiv an der politischen Opposition beteiligten und deswegen hingerichtet wurden, seien in beiden Kirchen Ausnahmen gewesen. Andererseits sei das Christentum in vielen Fällen Motivation und Kriterium politischer Entscheidungen zur Opposition gewesen - "nicht nur im Kreisauer Kreis, sondern auch in der Wehrmacht (z.B. Stauffenberg, von Treskow, Oster, Beck, Groscurth u.a.), in den Gewerkschaften (Letterhaus, Groß), bei den Studenten (Geschwister Scholl) und in den bürgerlichen Widerstandsgruppen (Goerdeler, Popitz, von Kleist-Schmenzin, Elisabeth von Thadden u.a.)".

Und wie sah es nun bei uns in Brakel aus ? Pfarrer Pabst ging es in erster Linie um die Bestandssicherung seiner Glaubensrichtung - der Bekennenden Kirche - innerhalb des kirchlichen Widerstreites. Eine ganz bestimmte Glaubensrichtung wurde verteidigt. Da der nationalsozialistische Staat für sich in Anspruch nahm, die allein gültige Weltanschauung zu besitzen, mußte es zwangsläufig zu einem Widerstreit kommen. Von diesem Punkt aus kann die zweite Frage ebenfalls klar und eindeutig beantwortet werden.

Pfarrer Pabst gehörte nicht zu den Fackelträgern und Bannerschwingern der ersten Stunde. Er reihte sich auch später nicht in die schweigende Masse ein. Was er dachte, sprach er laut und deutlich aus im Tecklenburger Bekenntnis, danach in der Brakeier Erklärung. Seine Botschaft wurde auch außerhalb der Kirchenmauern verstanden. Die nachstehend veröffentlichten Dokumente sind ein Beweis dafür.

In diesem Sinne ist die Brakeier Erklärung vom 24. 10. 1934 auch ein Dokument des politischen Widerstandes geworden - wenn auch wider Willen.

Wer jene Jahre zwischen 1933 und 1935 nur aus Schulbüchern und vom Hörensagen kennt, kann mit Freude feststellen, daß es damals nicht nur Parteimitglieder und Mitläufer gab. Hut ab vor jenen wenigen, die damals ihre Meinung mutig vertraten und veröffentlichten. Pfarrer Pabst gehörte dazu. Der 24. 10. 1934 war damit für Brakel eine Sternstunde.

Evangelisches Konsistorium
der Kirchenprovinz Westfalen.

Nr. 7079/A 1-07 a.

Bei Beantwortung bitte Geschäftszeichen angeben
und Gehfranz freilassen.

Bernsprecher 21661.

Postfachkonto der Konsistorialkasse: Köln Nr. 41020.
Sirokonto 2813 bei der Sparkasse der Stadt Münster

Münster i. W., den 9. Dezember 1933.
Domplatz 3, Postfach 328

Jhr Zeichen: **Bu/Schm.**

Jn der Anlage senden wir Jhnen den uns

freundlichst überlassenen Untersuchungsbericht über die Angelegenheit des Herrn Pfarrer Pabst in Kattenvenne mit verbindlichem Dank nach Kenntnisnahme zurück. Gleichzeitig gestatten wir uns folgendes zu bemerken:

Durch Verfügung vom 15. November 1933 haben wir Herrn Pfarrer Pabst dringend empfohlen, sich in der Gemeinde Kattenvenne jeder pfarramtlichen Tätigkeit einstweilen zu enthalten. Hierzu sind wir veranlaßt worden durch das dortseitige telefonische Ersuchen an den Unterzeichneten, welches wir dahin verstehen zu müssen glaubten, daß neues und schwerwiegendes Material gegen Herrn Pfarrer Pabst vorliege.

Der uns mitgeteilte Untersuchungsbericht läßt u. E. jedoch erkennen, daß es dem untersuchenden Kriminal-Assistenten bei seiner begreiflichen Fremdheit gegenüber den z. Zt. zur Verhandlung stehenden kirchlichen Fragen nicht möglich gewesen ist, sich von der innergemeindlichen Lage in Kattenvenne ein zutreffendes Bild zu machen. Wir sehen uns deshalb auch nicht in der Lage, seine Schlußfolgerung, wonach eine Rückkehr des Pfarrers Pabst nach Kattenvenne zur Unmöglichkeit geworden sei, unter kirchlichem Gesichtspunkt anzuerkennen. Wir müssen deshalb auch zu unserem Bedauern davon Abstand nehmen, Jhrem Ersuchen entsprechend den Pfarrer Pabst fernerhin an der Ausrichtung seines Amtes in Kattenvenne zu hindern, zumal die Ge-
An

das Presbyterium der evangelischen
Kirchengemeinde

in Kattenvenne

durch den Herrn Superintendenten

in Westercappeln

mein-

meine mit Nachdruck fordert, daß ihrem Pfarrer wieder die Freiheit gegeben werde, ihr zu dienen.

Im übrigen wird die Angelegenheit dadurch ihre Erledigung finden, daß Pfarrer Pabst in eine andere Gemeinde gewählt worden ist und am kommenden Sonntag seine Abschiedspredigt in Kattenvenne halten wird.

(Unterschrift)

An die N.S.D.A.P., Gauleitung Westfalen-Nord in Münster, Annette von Droste-Hülshoff Allee 25.

Abschrift übersenden wir zur Kenntnisnahme.

*Bestätigung, vom 11. Aug. 1933.
S. No. 659
Wassmayer*

Pabst

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BIELEFELD

BIELEFELD, POLIZEIPRÄSIDIUM, VIKTORIASTRASSE 9

EINGANGS- UND BEARBEITUNGSVERMERK

An
Herrn Pfarrer Karl P a b s t

Gegen Postzustellungsurkunde!

B r a k e l, Kr. Höxter
Adolf Hitlerstr. 27.

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG IHRES SCHREIBENS

GESCHÄFTS-ZEICHEN UND TAG MEINES SCHREIBENS

I 8010 - 18. 4. 1935.

BETRIFFT

Heftrand

Sie haben in letzter Zeit in Gottesdiensten Ausführungen gemacht, die die Grenzen der Sachlichkeit im kirchenpolitischen Meinungsstreit überschreiten und dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28.2.1933 in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 wird Ihnen mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres das Auftreten als Redner in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen jeglicher Art, einschließlich Bibelstunden, im Bereich der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Minden, untersagt.

Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie sich durch Zuwiderhandlung gegen diese Anordnung gem. § 4 der oben angezogenen Verordnung strafbar machen.

A. Parkhaus

Titel A 4
18/297mm
Vertraulich
Pol.-Nr. 2
1.38 - 10000

ANLAGEN

DRAHTWORT
Polizeipräsident
Bielefeld

FERNRUF
6000

POSTSCHECK
Hannover
6778

BANK-KONTEN
Reichsbank-Girokonto
Städtsparkasse Bielefeld

Evangelisches Konsistorium
der Kirchenprovinz Westfalen

Münster i. W., den 10. Dezember 1935.
Domplatz 3, Postschloß 328

Nr.
Bei Beantwortung bitte Geschäftszeichen angeben
und Befristung freilassen.
Fernsprecher 22451 — 22452
Telefondienst der Konsistorialkassa: Köln Nr. 47020
Telefontaxi 2873 bei der Sparkasse der Stadt Münster

Der Pfarrer Pabst in Brakel, Kreis Höxter, hat uns heute mündlich vorgetragen, dass die Niederschlagung des gegen ihn schwebenden Verfahrens wegen Beleidigung des Herrn Gauleiters und Reichsstatthalters Dr. Meyer in Münster abhängig gemacht sei von seiner Versetzung in ein anderes Pfarramt.

Auf seine Bitte übernehmen wir hierdurch der Staatspolizei gegenüber die bindende Verpflichtung, Herrn Pfarrer Pabst binnen vier Wochen in eine andere Pfarrstelle zu versetzen oder aber ihn in einer anderen Gemeinde auftragsweise zu beschäftigen.

Wir bitten, sich vor allem auch im Blick auf das bevorstehende Weihnachtsfest, das eine schnellere Erledigung der Angelegenheit nicht wohl zulässt, mit dieser Regelung einverstanden erklären und das weitere Erforderliche veranlassen zu wollen.

In Vertretung:

gez. Heyer.

An die Staatspolizeistelle in Bielefeld.

Abschrift zur Kenntnis.

Der Superintendent
des Kirchenkreises Paderborn.
Gep. 11/1 Tab.-Nr. 765
Wetberg, 12. 12. 1935.
Nobbe

In Vertretung:

gez. Heyer.

Beglaubigt

Kons. Kanzlei-Inspektor

An
Herrn Pfarrer Pabst
Hochachtungswürden
in Brakel.
durch den Herrn Superintendenten
in Höxter.